

— ZÜRCHER BEITRÄGE —

zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung

Heft Nr. 18

Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann

Sicherheit 1991

Ergebnisse einer Repräsentativbefragung

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

© 1991 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zentrum,
8092 Zürich

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise,
nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.
Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiederge-
gebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 3-905641-09-7

Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann

Sicherheit 1991

Ergebnisse einer Repräsentativbefragung

Inhaltsverzeichnis

	VORWORT	S. 1
1.	EINLEITUNG	S. 3
2.	SICHERHEIT UND BEDROHUNG	S. 4
3.	SPONTANASSOZIATIONEN ZU DEN BEGRIFFEN "SICHERHEIT" UND BEDROHUNG"	S. 5
3.1.	Was wird allgemein mit "Sicherheit" assoziiert?	S. 5
3.2.	"Sicherheit" in Staat und Gesellschaft	S. 7
3.3.	Spontanassoziationen zum Begriff "Bedrohung"	S. 9
4.	BEDROHUNGSPERZEPTIONEN	S. 11
4.1.	Beurteilung von Ausmass und Wahrscheinlichkeit von Risiken	S. 11
4.2.	Der Einfluss sozio-demographischer Merkmale auf die Bedrohungswahrnehmung	S. 14
4.3.	Bedeutungsveränderung verschiedener Risiken bis ins Jahr 2000	S. 21
4.4.	Was kann der Staat zur Bewältigung dieser Bedrohungen unternehmen und wie werden die heutigen Strategien beurteilt?	S. 22
5.	AUFGABEN UND ELEMENTE DER SICHERHEITSPOLITIK	S. 25

6.	MILITÄRISCHE BEDROHUNGSPERZEPTION, SICHERHEITSPOLITIK UND ARMEE	S. 29
6.1.	Befürwortung der Schweizer Armee - Akzeptanz- indikator für die Landesverteidigung schlechthin	S. 29
6.2.	PUK-EMD und Golfkrieg	S. 31
6.3.	Äussere Bedrohungsintensität und Armeekzeptanz	S. 33
6.4.	Regierungszufriedenheit und Armeekzeptanz	S. 35
7.	GLAUBWÜRDIGKEIT DER NATIONALEN VERTEIDIGUNG	S. 38
8.	BETEILIGUNGSBEREITSCHAFT, VERTEIDIGUNGSWÜRDIGKEIT UND NATIONALE IDENTIFIKATION	S. 41
9.	SICHERHEITS- UND WEHRPOLITISCHE ZIELVORSTELLUNGEN	S. 44
10.	INTERESSE AN SICHERHEITSPOLITIK	S. 53
11.	DIE KOSTEN DER LANDESVERTEIDIGUNG	S. 55
12.	DIE SCHWEIZ IM INTERNATIONALEN UMFELD	S. 57
12.1.	Allein oder gemeinsam mit anderen? Isolationistische und kooperative Einstellungen	S. 57
12.2.	Einstellungen zu einem Beitritt zur EG	S. 59
13.	ZUSAMMENFASSUNG	S. 61
14.	BIBLIOGRAPHIE	S. 63
	Anhang I: Beschreibung der Stichprobe	S. 65
	Anhang II: Fragebogen	S. 66

Vorwort

Der Plan zur vorliegenden Studie entstand 1988 im Zusammenhang mit dem Bedürfnis, Genaueres zu erfahren über die Vorstellungen der Schweizer Öffentlichkeit in bezug auf den Vorstellungskomplex "Sicherheit".

Die sich ankündenden Veränderungen im weiteren strategischen Umfeld einerseits, die Beunruhigungen durch die Ereignisse von Tschernobyl andererseits liessen es als notwendig erscheinen, genaue Daten zu erheben, um potentielle Konfliktfelder bei divergierenden Gefährdungs- und Sicherheitsvorstellungen von Staat und Bürgern zu identifizieren und analysieren zu können.

Die Einstellungen und Perzeptionen der Bevölkerung zur Sicherheitspolitik und ihrem sichtbarsten Instrument, der Armee, werden zwar seit Jahren durch die UNIVOX-Umfragen von Prof. Alois Riklin und seinen Mitarbeitern in St. Gallen erhoben. Eine umfassende Gesamtanalyse des weiteren Problemumfeldes fehlte aber bisher.

Überschneidungen des vorliegenden Projektes mit früher durchgeführten Umfragen waren geplant und erwünscht, einerseits um allfällige Abweichungen zu ermitteln, andererseits um an schon vorhandene Forschungsgrundlagen sinnvoll anknüpfen zu können.

Ich danke den beiden Projektbearbeitern lic. phil. Christof Buri und Dr. Karl W. Haltiner für ihren grossen Einsatz bei der Entwicklung, Durchführung und Auswertung dieses Projektes und der Firma EXPLORA AG für die sorgfältige Durchführung der Feldarbeit.

Ohne die finanzielle Unterstützung und anderweitige Hilfeleistung durch verschiedene Bundesstellen wäre diese Arbeit nicht durchführbar gewesen. Ich danke Herrn Bundesrat Kaspar Villiger, Chef EMD, Herrn Dr. Hansruedi Strasser, ehemaliger Info Chef EMD, Herrn Hansheiri Dahinden, Direktor Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV), Herrn Dr. Herbert Braun, Sektionschef ZGV, Herrn Vizedirektor Bruno Heiz, Forschungschef Gruppe für Rüstungsdienste (GRD), Herrn Dr. Theodor H. Winkler und Herrn Ulrich Lehner, "Arbeitsgruppe Güte Dienste und internationale Friedenssicherung" (AGDiF), und Herrn Prof. Dr. Ralf Hütter, Vizepräsident für Forschung in der Schulleitung der ETH Zürich, für die Unterstützung des Projektes.

Es bleibt zu hoffen, dass eine regelmässige, wenigstens teilweise Wiederholung dieser Befragung wertvolle Grundlagen für die Weiterentwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik liefern kann.

Zürich, den 20. Juli 1991

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann
Leiter der Forschungsstelle
für Sicherheitspolitik und
Konfliktanalyse ETH Zürich

1. Einleitung

Richard Falk hat 1987 in seinem Buch "The Promise of World Order" die provokative These aufgestellt, die Sicherheitspolitik der Regierungen habe aufgehört, die Sicherheitspolitik der Völker zu sein¹.

In der Schweiz ist vor allem seit der Abstimmung über die Abschaffung der Armee eine zunehmende Polarisierung des wehrpolitischen Meinungsspektrums feststellbar. Wenn auch von einer eigentlichen Kluft zwischen Regierung und Bevölkerung nicht die Rede sein kann, so sieht sich doch zumindest die Sicherheitspolitik einem wachsenden Legitimationsdruck ausgesetzt.

Die Kritik entzündet sich zumeist an der Institution, die am greifbarsten Sicherheitspolitik verkörpert: an der Armee. Auf sie fokussiert sich eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung.

Es haben sich aber nicht nur die Werte in der Bevölkerung gewandelt. Auch die sich mit atemberaubenden Tempo vollziehenden Veränderungen der internationalen Umwelt (Integration Europas, Zerfall des bipolaren Blocksystems, Auflösungserscheinungen der Sowjetunion) stellen neue Anforderungen an unsere Sicherheitspolitik.

Die Meinungsforschung kann einen Beitrag zum Verständnis der sicherheitspolitisch relevanten Einstellungen und Motive in der Bevölkerung liefern. Nur so lässt sich die Frage beantworten, welchen Kriterien eine Sicherheitspolitik zu genügen hat, die die Sicherheitsansprüche des Bürgers befriedigt.

Sollten die Sicherheitsbedürfnisse des Bürgers und die Sicherheitsinteressen des Staates auseinanderdriften, so kann die Demoskopie Schnittstellen und potentielle Konfliktfelder frühzeitig lokalisieren und analysieren.

Schliesslich geht es auch darum, Einstellungen zur Sicherheitspolitik zu erklären, ihre Hintergründe zu erhellen und sie auf tieferliegende Motivkomplexe zurückzuführen.

Der vorliegende Bericht stützt sich auf eine repräsentative Befragung von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die vom Institut EXPLORA, Marketing- und Kommunikationsforschung, im Auftrag der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich vom 17.11.90 bis 28.2.91 durchgeführt wurde.

Die Stichprobe wurde nach einem Quoten-Verfahren zusammengesetzt. Als Merkmale vorgegeben waren der Wohnort, das Geschlecht und das Alter. Befragt wurden 1223 Schweizerinnen und Schweizer in der deutschen und französischen Schweiz im Alter über 16 Jahren. Von den durchgeführten Interviews wurden 1005 in diese Auswertung einbezogen (zur Beschreibung der Stichprobe vgl. Anhang I).

Fragebogen und Bericht wurden von den verantwortlichen Projektleitern Dr. Karl W. Haltiner, Dozent MFS/ETH, und lic. phil Christof Buri, Projektleiter EXPLORA, im Auftrag und unter Mitarbeit der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich konzipiert und erstellt.

¹ Vgl. Falk (1987): S. 220ff.

2. "Sicherheit" und "Bedrohung"

"Sicherheit" ist zu einem Wertsymbol von stetig wachsender Bedeutung geworden. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen lassen sie sich in Prozessen sozialen Wandels finden. Die wachsende Komplexität moderner Gesellschaften, das akzentuierte Tempo des Wandels und der damit einhergehende Geltungsverlust tradierter Normen und Werte wirkt verunsichernd. Zum anderen hat die Tatsache, dass unser Lebensstandard immer stärker und einseitig auf technischen, d.h. artifiziellen Voraussetzungen ruht und der Globus innerhalb der letzten 50 Jahre zu einem sozioökonomisch, technisch, demographisch und ökologisch integrierten System geworden ist, neue Risikopotentiale und Bedrohungen von bisher ungekannten Ausmassen entstehen lassen. Gleichzeitig scheinen überkommene Bedrohungsformen an Bedeutung zu verlieren.

Sicherheitsempfinden hat mit Erwartungen über eine stabilisierte Umwelt zu tun. In dem Mass, in dem in der "Risikogesellschaft" die Zukunftsverunsicherung durch den beschriebenen Wandel zunimmt, entstehen neue Anforderungen an die staatlich vermittelte Sicherheit:

"Es geht (...) darum, echte Sicherheit zu schaffen, ohne dem Irrtum falscher Sicherheit oder dem Wahn der Obsession zu erliegen. Diese Aufgabe umfasst zweierlei: einmal eine Sicherheitspolitik zu gestalten und durchzuführen, die dem Zweck des Schutzes zentraler Werte der Gesellschaft objektiv dient, und sodann diese Politik so in der Gesellschaft zu verankern, dass sie deren Werten tatsächlich voll gerecht wird und ihren Sicherheitsbedürfnissen wirksam antwortet, d.h. einen sicherheitspolitischen Konsens zu tragen vermag." (Frei 1988: 192)

Die Befragung, deren erste Auswertung hier vorliegt, verfolgte den Zweck, Bedrohungen und Sicherheitsbedürfnisse, wie sie für die Mikroebene des Einzelnen wie für die Makroebene von Staat und Gesellschaft wahrgenommen werden, auszuloten.

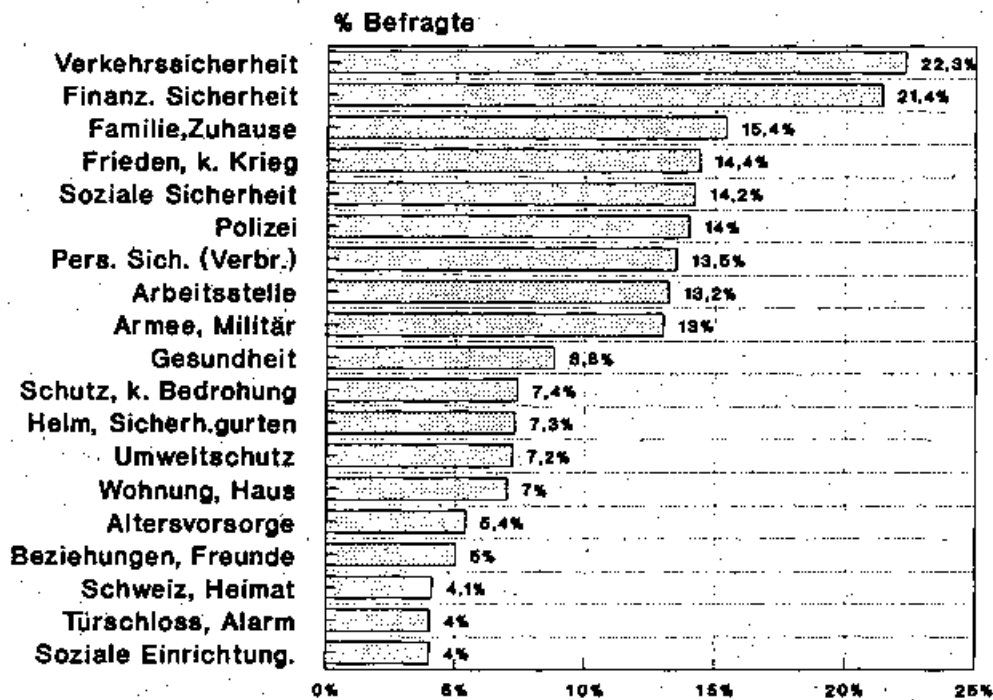
3. Spontanassoziationen zu den Begriffen "Sicherheit" und "Bedrohung"

3.1. Was wird allgemein mit "Sicherheit" assoziiert?

Als Einstieg in die ausführlichen Gespräche rund um die "Sicherheit" wurden die einzelnen Gesprächspartner gebeten, ihren Gedanken freien Lauf zu lassen und anzugeben, was Ihnen zum Begriff "Sicherheit" überhaupt in den Sinn kommt². Dabei zeigt sich, dass der Begriff "Sicherheit" von den meisten Befragten spontan mit mehreren voneinander verschiedenen Bereichen verbunden wird, die sowohl in ihrem persönlichen Umfeld liegen als auch globale Aspekte aufweisen können.

Die Prozentangaben in Klammern beziehen sich, wo nicht anders angegeben, auf die Gesamtzahl der Befragten (N=1005). Abb. 1 gibt Auskunft über die häufigsten Einzelnennungen.

Abb. 1: Spontanassoziationen zum Begriff "Sicherheit" (persönlicher Bereich)



Materielle Sicherheit: Zwei Fünftel aller Befragten (16% aller Nennungen) geben an, in einem ihrer ersten Gedankengänge an die finanzielle Sicherheit zu denken, die ihnen ihren gewohnten Lebensstandard garantiert und einen gewissen "bürgerlichen Komfort" ermöglicht. Die Stichworte dazu sind "finanzielle Sicherheit" (21% der Befragten), "sichere

² Die Frage lautete: "Woran denken Sie beim Begriff 'Sicherheit'. Können Sie mir spontan einige Stichwörter nennen?" Total 2757 Nennungen.

Arbeitsstelle" (13%), "Wohnung, Haus, Dach" (5%) und "keine Not leiden" (4%). Befragte die im erwerbstätigen Alter stehen und Männer im allgemeinen legen mehr Wert auf materielle Sicherheit, bzw. eine sichere Arbeitsstelle.

Unglücksfälle und Verbrechen: Etwa gleich viele Befragte (19% aller Nennungen) verbinden den Begriff "Sicherheit" spontan mit Unglücksfällen und Verbrechen, wobei sie sowohl an Arbeits- und Verkehrsunfälle als auch an den Schutz vor Kriminalität denken. Für sie scheint die körperliche Unversehrtheit (Stichworte: Persönliche Sicherheit, physische Integrität: 15%; Helm, Sicherheitsgurten: 7%; Türschloss, Alarmanlage: 4%) und die Angst vor einem plötzlichen Einbruch relativ weit vorne zu stehen. Doch ist zu berücksichtigen, dass dieser Assoziationsbereich sehr allgemein zum Umfeld des Begriffes "Sicherheit" gehört und möglicherweise deshalb besonders häufig genannt wurde. Für höher Gebildete spielt Verkehrssicherheit eher eine untergeordnete Rolle. Persönliche Sicherheit steht insbesondere bei älteren Befragten im Vordergrund.

Versicherungen: Die Absicherung gegen mögliche Risiken und deren Folgen wird von etwa einem Viertel der Interviewpartner mit "Sicherheit" assoziiert (10% der Nennungen). Versicherungen und soziale Sicherheit allgemein werden häufiger von jüngeren Befragten erwähnt, die Altersvorsorge und Krankenversicherung häufiger von Pensionierten.

Stabilität: Für etwa einen Fünftel der Befragten gehört zum Begriff "Sicherheit" eine ruhige Gesamtlage, eine gewisse Überschaubarkeit und Kontinuität im öffentlichen Bereich, beziehungsweise das Gefühl, wohlbehütet und bewacht zu sein. Stichworte sind hier "Polizei, Feuerwehr" (15% der Befragten) und "Ruhe, Ordnung, Stabilität" (3%). Insbesondere für ältere Befragte und Frauen ist "Polizei" gleichbedeutend mit "Sicherheit".

Krieg und Frieden: Sicherheit im internationalen Umfeld wird einerseits allgemein als "Frieden, kein Krieg" (14%) angesprochen, andererseits mit der Institution "Armee" verbunden (13%).

Beziehungssicherheit: Etwa 20 Prozent der Befragten ist die Sicherheit in ihrem persönlichen Umfeld wichtig, das Gefühl, von guten Beziehungen, Freundschaften oder dem Ehepartner getragen zu sein. Dieses Bedürfnis nach Sicherheit ist vor allem bei jüngeren Befragten ausgeprägt.

Staat: Rund zehn Prozent der Befragten dehnen ihre Sicherheitsbedürfnisse aus: ihnen ist es spontan nicht nur wichtig in einem gut funktionierenden persönlichen Umgebung zu leben, sondern auch in einem verlässlichen öffentlichen Umfeld. "Sicherheit" gibt diesen Befragten das Gefühl, in einen Staat eingebettet zu sein (Stichworte: Schweiz, Heimat), auf den man sich verlassen kann und in dem ein gewisses soziales Gleichgewicht herrscht. Sicherheit entsteht hier aus Zugehörigkeit.

Gesundheit: Jede/r zehnte Befragte gibt an, beim Begriff "Sicherheit" auch an die eigene Gesundheit oder die der Familie zu denken. Einige Befragte meinen, um sich sicher zu fühlen, müssten sie sich ganz einfach in ihrer Haut wohl fühlen.

Umwelt: Auf den Umweltschutz beziehen sich etwa 8 Prozent der Befragten in ihren spontanen Äusserungen.

Vorsorge: 212 Nennungen entfallen auf einzelne allgemeine Begriffe und Wendungen wie "Schutz, keine Bedrohung" (74 Nennungen), sorgenfreies Leben (33 Nennungen), Vorsicht (30 Nennungen) usw.

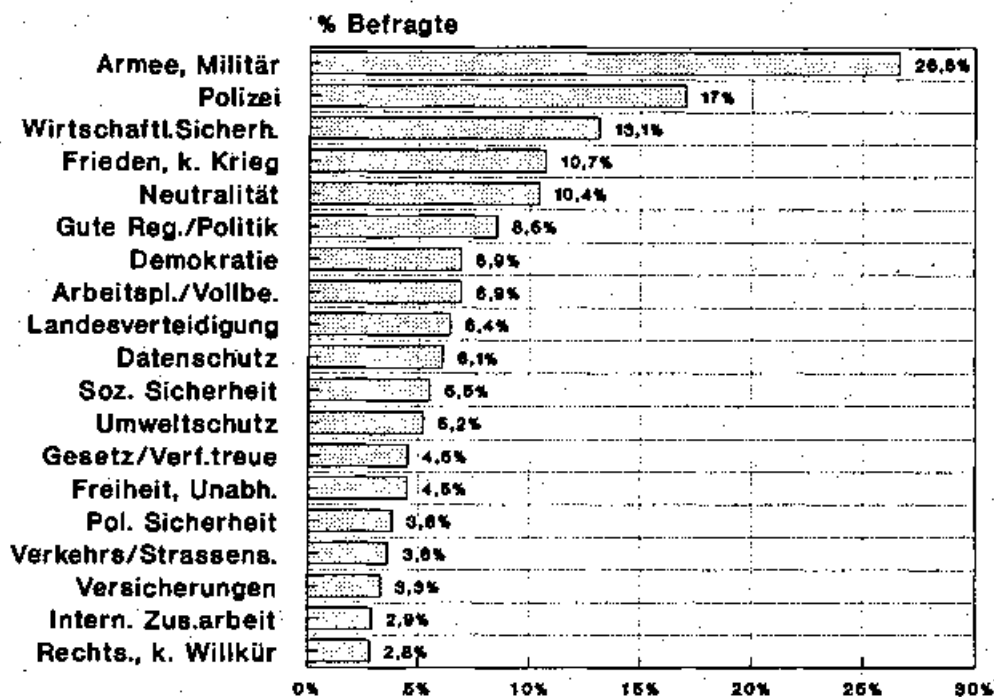
342 weitere Einzelnennungen lassen sich keinen Oberbegriffen zuordnen.

Ist allgemein unspezifisch von "Sicherheit" die Rede, so rangieren offensichtlich persönliche, auf die engere Umgebung bezogene Sicherheitsbedürfnisse vor solchen, die das politische Kollektiv betreffen.

3.2. "Sicherheit" in Staat und Gesellschaft

Wird der Begriff "Sicherheit" auf die Gesellschaft als Ganzes und den Staat ausgeweitet, verschieben sich die Akzente etwas (vgl. Abb. 2)³. Im folgenden Abschnitt sind die wesentlichen Punkte zusammengefasst.

Abb. 2: Spontanassoziationen zum Begriff "Sicherheit" (staatlicher Bereich)



³ Die Frage lautete: "Wie ist denn das für unsere Gesellschaft, unseren Staat als Ganzes? Was bedeutet hier für Sie "Sicherheit". Können Sie mir wiederum einige Stichwörter nennen?" Total 2328 Nennungen.

Armee, Polizei: Mit Sicherheit im staatlichen Bereich wird sehr häufig die Armee in Verbindung gebracht (267 Nennungen). Landesverteidigung (64 Nennungen) und Zivilschutz (24 Nennungen) sind Begriffe, die dem gleichen Assoziationsfeld zugeordnet werden können. Die Polizei, die gewissermassen die Verkörperung staatlicher Sicherheitsgarantien darstellt, wird von 171 Befragten erwähnt.

Wirtschaftslage: Wohlstand und gesicherte Arbeitsplätze sind auch im Zusammenhang mit staatlicher Sicherheit wichtige Stichwörter. Von total 270 Nennungen zu diesem Bereich entfallen rund die Hälfte auf das Stichwort "gute Wirtschaftslage".

Internationales Umfeld: Auf Ereignisse und Institutionen aus dem internationalen Umfeld der Schweiz verweist im Zusammenhang mit dem Begriff "Sicherheit" rund ein Fünftel der Befragten. "Frieden" ist dabei der weitaus am häufigsten assoziierte Begriff (108 Nennungen).

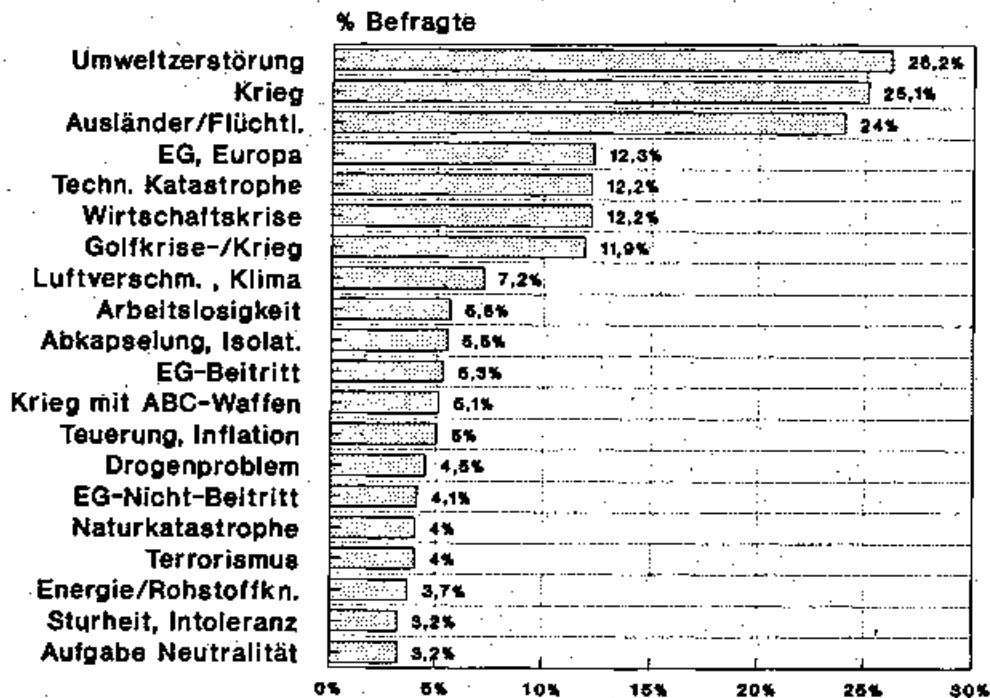
Grundwerte: Neutralität (105 Nennungen), Demokratie (69 Nennungen), Freiheit (45), Gesetzestreue (45), Rechtssicherheit (28) und Mitbestimmung (14) sind einige der staatlichen Grundwerte, die den Befragten spontan zu "Sicherheit" in den Sinn kommen. Eine gute Regierung und Vertrauen zu den Behördenmitgliedern nennen 105 Befragte. Für diese Befragten ist der Eindruck wichtig, einer Regierung nicht ausgeliefert zu sein, sondern zu spüren, dass sich Regierung und Bürger gemeinsam um das Wohlergehen aller bemühen. Negative Assoziationen weckt die Verbindung von "Staat" und "Sicherheit" bei 69 Befragten (Bespitzelung, Polizeistaat).

Mit "staatlicher Sicherheit" werden in erster Linie die klassischen Ordnungsmittel 'Armee' und 'Polizei' assoziiert.
--

3.3. Spontanassoziationen zum Begriff "Bedrohung"

In der letzten einleitenden offenen Frage wurden die Befragten auf die Kehrseite von "Sicherheit" angesprochen⁴. Die spontanen Äusserungen zu möglichen existenzgefährdenden Bedrohungen zeigen grosse Übereinstimmungen zu den in den geschlossenen Fragen ermittelten Ergebnissen (Abb. 3, vgl. Kapitel 4).

Abb. 3: Spontanassoziationen zum Begriff "Bedrohung" (staatlicher Bereich)



Umweltzerstörung: An der Spitze aller genannten Bedrohungen stehen die Umwelt- und Luftverschmutzung, sowie technische Katastrophen (458 Nennungen). Die Angst vor langfristigen Veränderungen der Umwelt und vor Verseuchungen, Atom- oder Chemieunfällen wird von allen Bevölkerungsschichten ausgesprochen (von Deutschschweizern allerdings doppelt so häufig wie von Westschweizern) und scheint insgesamt wesentlich präsenter zu sein als die Angst vor Naturkatastrophen, die nur von 4 Prozent der Befragten als Bedrohung genannt wird.

Krieg: Kriege mit konventionellen oder ABC-Waffen werden von rund einem Drittel der Befragten spontan als mögliche Bedrohung eingeschätzt (303 Nennungen). Weitere 120 Befragte erwähnen konkret den Golfkrieg (bzw. die Golfkrise). Die Spannungen in der

⁴ Die Frage lautete: "Wenn Sie an die Zukunft der Schweiz denken: Welche möglichen Ereignisse und Entwicklungen könnten die Sicherheit oder vielleicht sogar die Existenz unserer Gesellschaft oder unseres Staates gefährden?"

Golfregion übten einen deutlichen Einfluss auf die Wahrnehmungen: in der Phase des Spannungsaufbaus und der Eskalation (Januar, Februar 1991) wurde das Stichwort "Krieg" doppelt so häufig genannt wie im November und Dezember 1990.

Flüchtlinge: Überfremdung und Ausländerimmigration sind Themen, die etwa einen Viertel der Befragten beschäftigen (241 Nennungen). Offensichtlich weckt der Gedanke an wachsende Flüchtlingsströme diffuse Ängste.

Europa, Wirtschaft: Von den europäischen Integrationsbemühungen (total 218 Nennungen) und der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung (total 229 Nennungen) sehen je etwa 20 Prozent der Befragten Gefahren ausgehen. Die Rolle der Schweiz in einem vereinten Europa ist, nachdem die EWR-Verhandlungen ins Stocken geraten sind, schwer abzuschätzen. Ein Beitritt zur EG als Vollmitglied erscheint 51 Befragten als bedrohlich; 55 Befragte fürchten demgegenüber, dass die Schweiz sich zu sehr abschotte, 41 Befragte nennen konkret einen Nicht-Beitritt zur EG als mögliche Bedrohung.

Stichworte zur Wirtschaftsentwicklung sind "Wirtschaftskrise" (123 Nennungen), Arbeitslosigkeit (56 Nennungen) und Teuerung (50 Nennungen).

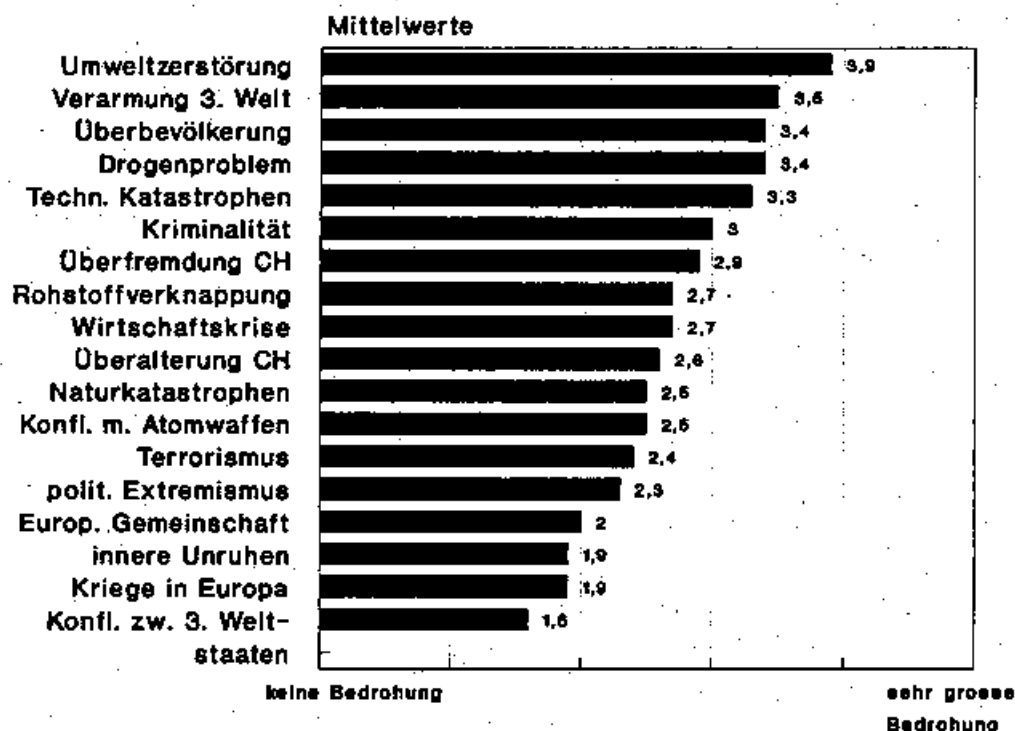
Als existenzgefährdende Bedrohungen für den Staat werden spontan vor allem die Umweltzerstörung, Krieg und die Ausländerimmigration betrachtet.

4. Bedrohungspereptionen

4.1. Beurteilung von Ausmass und Wahrscheinlichkeit von Risiken

Ein zentrales Anliegen der Befragung war die Wahrnehmung des Ausmasses und der möglichen Entwicklung von Bedrohungen. In einem ersten Teil wurden die Befragten aufgefordert, aus ihrer Sicht das Gesamtrisiko von achtzehn vorgegebenen, möglichen Bedrohungen einzuschätzen (Abb. 4)⁵.

Abb. 4: Bedrohungswahrnehmung



Als mit Abstand grösste Bedrohung wird die Umweltzerstörung empfunden: zwei Fünftel aller Befragten stufen dieses Problem als sehr gross ein. Nur gerade für sieben Befragte (0.7%) ist die Zerstörung der Umwelt mit keinen Risiken verbunden.

Die Ängste, die mit der Umweltzerstörung verbunden sind, äussern sich auch im Gewicht, das technischen Katastrophen (Atom- und Chemieunfälle) und einer möglichen Verknappung der Rohstoffe beigemessen wird.

⁵ Die Frage lautete: "Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes Problem auf dieser Liste mit Hilfe des Thermometers an, welche Probleme und Ereignisse Sie heute als eine grosse, eine kleine oder als gar keine Bedrohung für unsere Gesellschaft als Ganzes ansehen. 0 bedeutet, dass dieses Problem oder Ereignis für unsere Gesellschaft oder unseren Staat heute keine Bedrohung darstellt, 5 bedeutet, dass Sie es heute als grosse Bedrohung einschätzen."

Globale Entwicklungen (die zunehmende Verarmung der Dritten Welt und die Bevölkerungsexplosion) werden ebenfalls als sehr bedrohlich wahrgenommen.

Das Drogenproblem, die Kriminalität und eine Überfremdung der Schweiz werden als wichtigste innerstaatliche Gefahrenquellen eingeschätzt. Immerhin jede/r zweite Befragte sieht das Drogenproblem als grosse oder als sehr grosse Bedrohung. Zumindest die Ausländerfrage und das Drogenproblem finden sich indessen auch immer wieder auf der Agenda der kantonalen und eidgenössischen Räte.

Kriegerische Auseinandersetzungen mit Atom- oder konventionellen Waffen sind in den Augen der Befragten mit einem eher geringen Risiko für die Schweiz behaftet. Dass die Schweiz durch Konflikte zwischen 3. Welt-Staaten in einen Krieg involviert werden könnte, wird als sehr unwahrscheinlich betrachtet. Dies obwohl zum Zeitpunkt der Befragung der Golfkrieg entweder bevorstand oder schon im Gange war!

Von wirtschaftlichen Entwicklungen gehen nach Meinung der Befragten nur geringe Gefahren aus. Eine Wirtschaftskrise wird bloss als kleine Bedrohung angesehen. Die Europäische Gemeinschaft, bzw. deren Integrationsbemühungen beschäftigen zwar die Schweizerinnen und Schweizer, werden aber kaum als existenzbedrohend für unseren Staat empfunden.

Als Ereignisse und Entwicklungen mit vernachlässigbarem Risiko werden innenpolitische Erschütterungen wie politischer Extremismus, Terrorismus oder innere Unruhen betrachtet. Nur eine kleine Gruppe von Befragten sieht hierin eine grosse Bedrohung für Gesellschaft und Staat als Ganzes.

Im Längsschnitt betrachtet, hat sich in den letzten Jahren das Bedrohungsbild kaum verändert.

Die Liste der Bedrohungen wird seit einem halben Jahrzehnt von ökologischen und technischen Katastrophen angeführt. Das Anschwellen der Flüchtlingsströme bzw. ihre Auswirkungen, die auch in der Schweiz spürbar werden, beschäftigen einen wachsenden Teil der Bevölkerung.

Eine Verwicklung unseres Landes in kriegerische Auseinandersetzungen (sei es mit Atom- oder konventionellen Waffen) wird als ziemlich unwahrscheinlich eingestuft.

Tab. 1: Einschätzung von Bedrohungen 1986-91*

Bedrohungsform/Krisenszenario					
Mittelwerte in den Jahren	1986	1988	1990	1991	
Natur- und technisch bedingte Katastrophen	1.65	2.01	2.14	1.1 1.7 2.5	Umweltzerstörung Techn. Katastr. Naturkatastr.
starkes Anwachsen der Asylantenströme	1.43	--	--	2.1	Flüchtlingsströme
Rohstoff- und Energieverknappung	2.37	2.41	2.11	2.3	Weltweite Verknappung der Rohstoffe
Krieg mit Atomwaffen	3.42	3.45	3.39	2.5	Konflikte mit Atomwaffen
Terroranschläge, Geiselnahmen, Entführungen	2.00	2.11	2.14	2.6	Terrorismus, Geiselnahme, und Erpressung
Krieg mit konv. Waffen	3.19	3.05	3.21	3.1	Kriegerische Konflikte mit konv. Waffen
	(666)	(676)	(686)	(1005)	

Quelle: Riklin, Frei 1986; Riklin, Laggner 1988; Riklin, Hafen 1990

*** UniVoX 1986, 1988, 1990**

Fragetext:

"Wie wahrscheinlich ist es nach Ihrer Meinung, dass die Ereignisse, die ich Ihnen vorlese, in der Schweiz in den nächsten 5 Jahren eintreten?"

Mittelwert aus:

1= 'sehr wahrscheinlich'; 2= 'eher wahrscheinlich'; 3= 'eher unwahrscheinlich'; 4= 'sehr unwahrscheinlich'

"Sicherheit 1991"

Fragetext:

"Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes Problem auf dieser Liste mit Hilfe des Thermometers an, welche Probleme und Ereignisse Sie heute als eine grosse, eine kleine oder als gar keine Bedrohung für unsere Gesellschaft als Ganzes ansehen."

Mittelwert aus:

0= 'keine Bedrohung'; 1= 'sehr kleine Bedrohung'; 2= 'kleine Bedrohung'; 3= 'eher grosse Bedrohung';

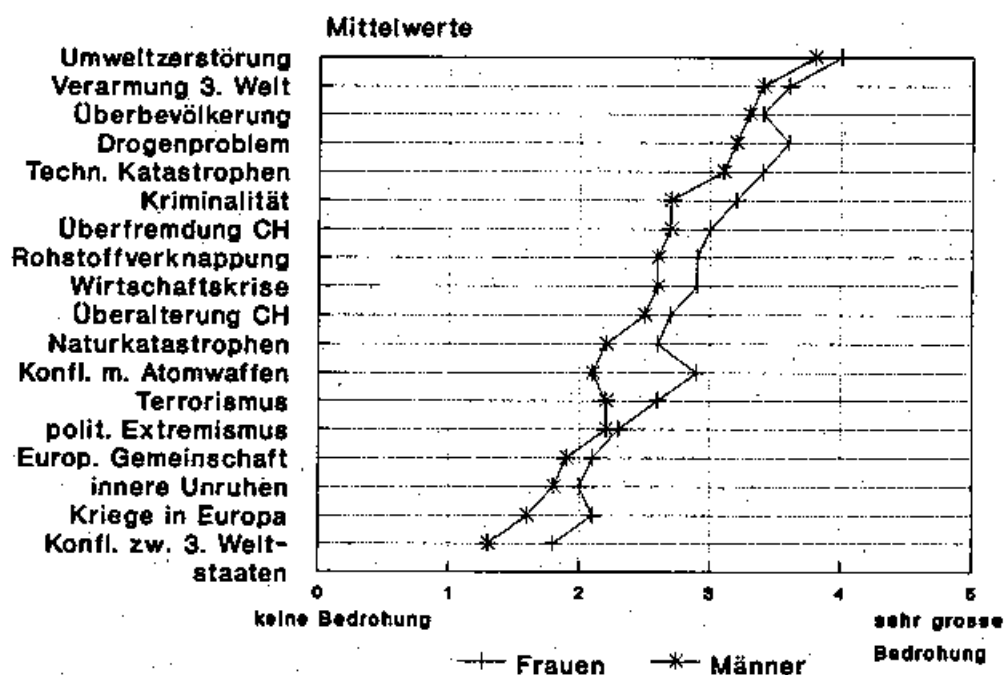
4= 'grosse Bedrohung'; 5= 'sehr grosse Bedrohung'

Für die Mittelwertberechnung musste die Skala umgedreht werden (0=5; 1=4 usw.)

4.2. Der Einfluss sozio-demographischer Merkmale auf die Bedrohungswahrnehmung

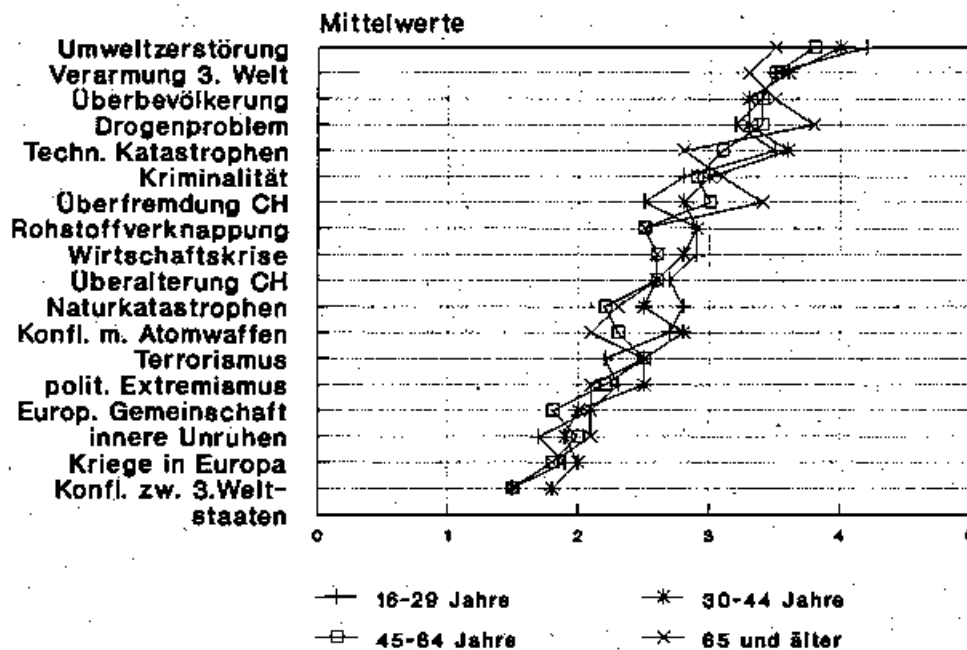
Geschlecht (Abb. 5): Sämtliche vorgegebenen Ereignisse und Entwicklungen werden von den weiblichen Befragten in unserer Stichprobe tendenziell als bedrohlicher eingestuft als von den männlichen. Insbesondere von kriegerischen Ereignissen sehen Frauen ein weit grösseres Risiko für unsere Gesellschaft ausgehen als Männer. Auch die Beurteilung der mit Kriminalität und Terrorismus verbundenen Risiken differiert nach Geschlecht. So eindrücklich diese Unterschiede sind, so schwierig dürfte es sein, hierfür eine einfache Erklärung zu finden.

Abb. 5: Bedrohungswahrnehmung - Geschlecht



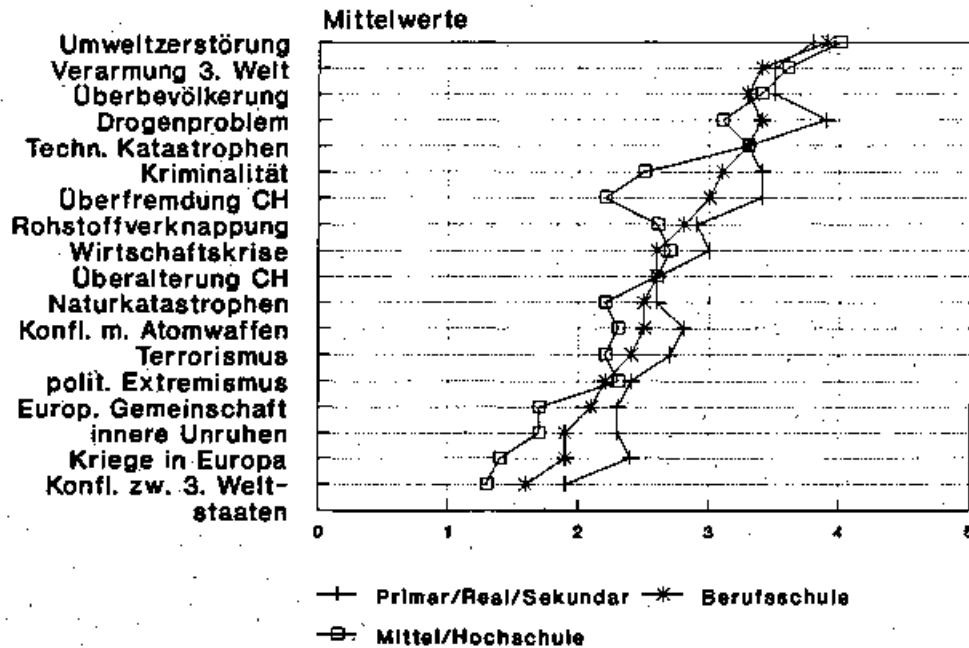
Alter (Abb. 6): In Bezug auf die Auswirkungen des Alters auf die Einschätzung von Bedrohungen lassen sich keine generellen Tendenzen ausmachen: die Hypothese, dass sich jüngere Befragte durchwegs weniger bedroht fühlen als ältere, wird von den Daten nicht bestätigt. Die Risikowahrnehmung ist vielmehr von Problem zu Problem verschieden. Ereignisse und Entwicklungen, die in die Alltagssphäre hineinreichen (Drogenproblem, Kriminalität, Überfremdung, innere Unruhen) werden von älteren Befragten eher als grössere Risiken eingeschätzt, während jüngere Befragte die Zerstörung der Umwelt, technische und Naturkatastrophen als gravierender ansehen.

Abb. 6: Bedrohungswahrnehmung - Altersgruppen



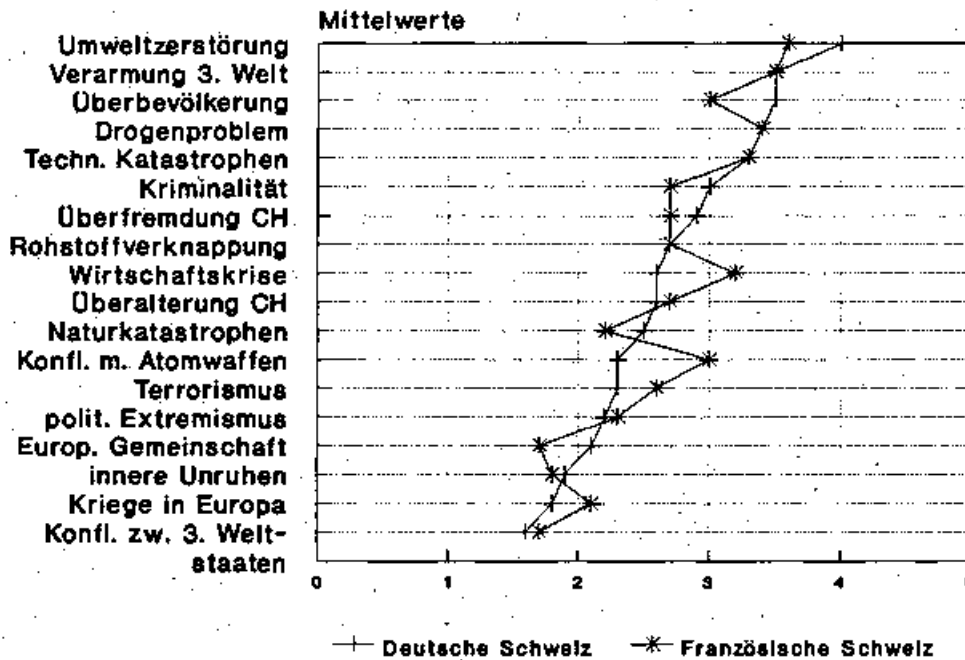
Bildungsniveau (Abb. 7): Befragte mit obligatorischer Schulbildung stufen nahezu alle vorgegebenen möglichen Bedrohungen höher ein als Befragte mit Mittel- oder Hochschulbildung. Einzig der Umweltzerstörung und Katastrophen - sowohl natürlichen wie auch technischen Ursprungs - ordnen Mittel- und Hochschulabgänger höhere Werte zu als wenig Gebildete.

Abb. 7: Bedrohungswahrnehmung - Bildungsniveau



Sprachregion (Abb. 8): Deutliche Akzentverschiebungen bezüglich der Gewichtung von Bedrohungen lassen sich auch entlang der Sprachgrenze ausmachen. Umweltzerstörung, weltweite Überbevölkerung, Kriminalität, die Ausländerfrage und die Europäische Gemeinschaft sind für die Deutschschweizer bedrohlicher als für die Romands. Die Gefahren einer Wirtschaftskrise oder einer Verwicklung in kriegerische Auseinandersetzungen werden dagegen in der Westschweiz eher betont.

Abb. 8: Bedrohungswahrnehmung - Sprachregionen



Werthaltungen⁶ (Abb. 9): Befragte mit materialistischen Werthaltungen fühlen sich tendenziell mehr bedroht als die übrigen Befragten. Besonders ausgeprägt ist die unterschiedliche Einschätzung des Stellenwertes des Drogenproblems, der Kriminalität, der

⁶ Die Begriffe "postmaterialistische" und "materialistischen" Werthaltungen werden im vorliegenden Bericht im Sinne von Inglehart verwendet (vgl. Inglehart 1989). Als Grundlage für die Datenauswertung diente die Kurzfassung des Postmaterialismus-Index. Die entsprechende Frage lautet:

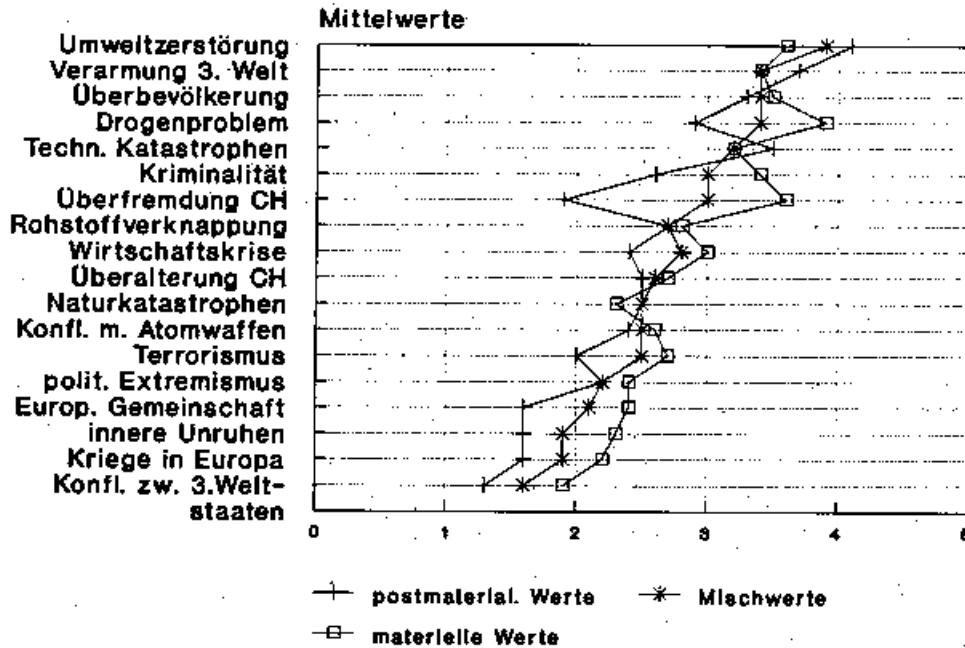
"Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Auf dieser Liste finden Sie einige Ziele, die man in der Politik verfolgen kann. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene Ihnen am wichtigsten? Nennen Sie mir bitte den entsprechenden Buchstaben. Und welches Ziel erschiene Ihnen an zweitwichtigsten? Nennen Sie mir bitte wieder den Buchstaben. Und welches käme an dritter Stelle?"

- A Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land
- B Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung
- C Kampf gegen die steigenden Preise
- D Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung"

Befragte die den Politikzielen A und C die höchste Priorität einräumen, werden als Materialisten bezeichnet, Befragte die die Ziele B und D für am wichtigsten halten, als Postmaterialisten. Die übrigen werden unter der Bezeichnung "Mischgruppe" zusammengefasst.

Ausländerfrage und der Europäischen Gemeinschaft. Postmaterialisten machen sich vor allem Sorgen über die Zerstörung der Umwelt, technische Katastrophen und die Verarmung der Dritten Welt⁷.

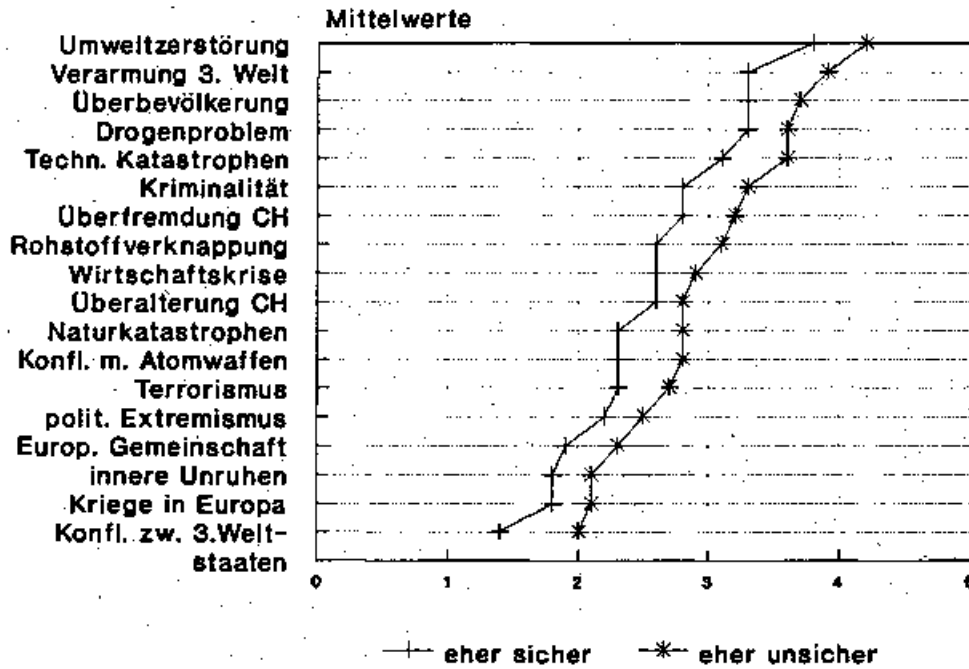
Abb. 9: Bedrohungswahrnehmung - Werthaltungen



⁷ Frei (1977, 1988) definiert Bedrohung als Gefährdung eines bestimmten Werts. "Werte sind indessen subjektiv: Ein Wert ist das, was man als Wert hochhält. Werte können sich folglich wandeln, und sie tun es auch - ohne dauerenden Wertwandel wäre eine Gesellschaft gar nicht lebendig." (Frei 1988: 188)
Es finden sich, so Frei, klare Anzeichen dafür, dass eine Umwertung der Inhalte von Sicherheit stattgefunden hat und stattfindet, beruhend auf einer veränderten Einschätzung der allenfalls gefährdeten Werte:
"Die seit Jahren beobachtbare Erweiterung oder Verlagerung des Bedrohungs- und Sicherheitsbegriffs von der Bedrohung durch Krieg zu ökologischen und anderen Formen der Bedrohung spiegelt folglich weiter nichts als einen Wertwandel. Ein Gutteil der öffentlichen Diskussion um die 'richtige' Sicherheitspolitik, um ihren relativen Stellenwert, ihre Stossrichtung, ihr Instrumentarium, hat ihren Ursprung letztlich einfach in einer Auseinandersetzung um gesellschaftlich wünschenswerte oder nicht wünschenswerte Werte, um das, was uns lieb und teuer ist, und erst in zweiter Linie in der unterschiedlichen Einschätzung objektiver Gefahren, beispielsweise in der Frage, ob nun ein Krieg ausbrechen wird oder nicht oder ob Kernkraftwerke die Umwelt tatsächlich belasten oder nicht." (Frei 1988: 188)

Sicherheitsempfinden (Abb. 10): Es erstaunt nicht, dass Befragte, die sich eher unsicher fühlen, ein anderes Bedrohungsbild haben, als Befragte, die sich eher sicher wähen. Die von der Umwelt ausgehenden Bedrohungen werden nicht als abstrakte Risiken für eine anonyme Gesellschaft, sondern als die eigene Lebenssituation definierend erfahren.

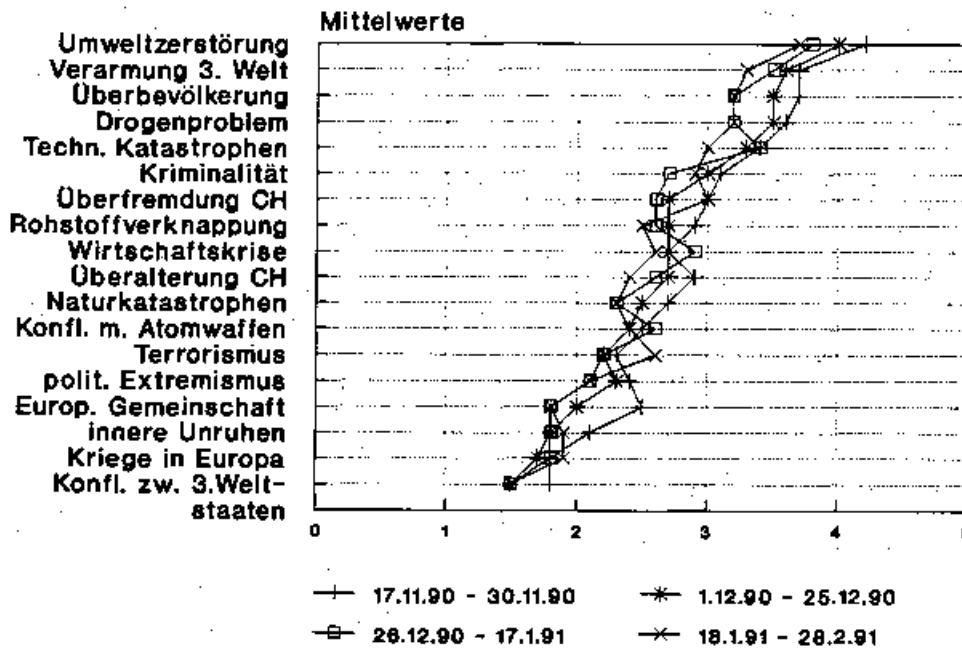
Abb. 10: Bedrohungswahrnehmung - subjektives Sicherheitsempfinden



Interviewzeitpunkt (Abb. 11): Auch der Zeitpunkt, zu dem das Interview realisiert wurde, beeinflusst die Beurteilung der Risiken. Interviewpartner, die nach dem Ausbruch des Golfkrieges befragt wurden, stuften Terrorismus und - in geringerem Masse - auch Kriege in Europa als wichtiger ein, während alle übrigen möglichen Bedrohungen etwas in den Hintergrund traten.

In der Phase vor dem UNO-Ultimatum (Ende Dezember 1990 bis 17. Januar 1991) stieg die Angst vor einem Atomkrieg oder einer Wirtschaftskrise geringfügig an.

Abb. 11: Bedrohungswahrnehmung - Interviewzeitpunkt

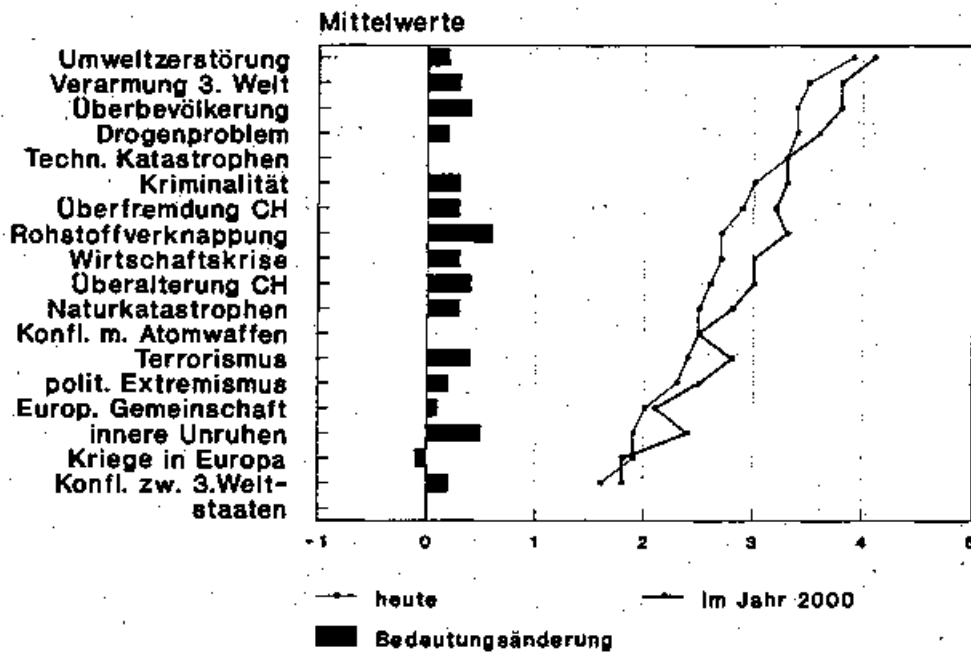


Mit Ausnahme der Tatsache, dass Frauen und Personen, die sich ganz allgemein eher unsicher fühlen, sämtliche Risiken als bedrohlicher wahrnehmen als Männer und Personen, die sich ganz allgemein eher sicher fühlen, lassen sich keine stabilen Zuordnungen von sozio-demographischen Merkmalen zu bestimmten Bedrohungsformen ausmachen.

4.3 Bedeutungsveränderung verschiedener Risiken bis ins Jahr 2000

Die Beurteilung der künftigen Risikolage (Abb. 12) ist nahezu identisch mit der Risikowahrnehmung zum heutigen Zeitpunkt⁵. Die Rangfolge der Bedrohungen (nach Bedeutung) ändert sich nur unwesentlich. Einzig Kriege in Europa oder mit Atomwaffen sind nach Meinung der Befragten in Zukunft eher weniger wahrscheinlich als heute.

Abb. 12: Beurteilung der Risikopotentiale im Jahre 2000



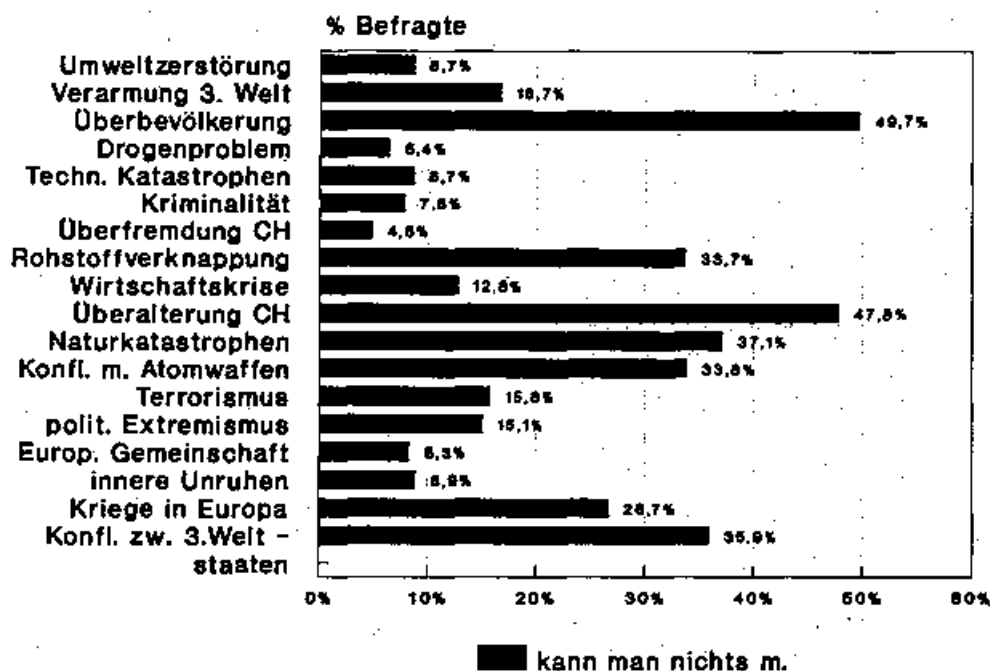
Auch das Risiko von Chemie- und Atomunfällen wird für das Jahr 2000 nicht als grösser eingeschätzt. In allen übrigen Bereichen wird hingegen eine Verschärfung der Problematik erwartet: man rechnet insbesondere mit einer zunehmenden Verknappung der Rohstoffe, vermehrten terroristischen Aktivitäten oder inneren Unruhen.

4.4. Was kann der Staat zur Bewältigung dieser Bedrohungen unternehmen und wie werden die heutigen Strategien beurteilt?⁸

...*nichts tun* (Abb. 13): Die Hälfte der Befragten ist der Auffassung, dass die Behörden gegen die weltweite Überbevölkerung (50%) und gegen die Überalterung der Schweiz (48%) machtlos seien. Eine grosse Gruppe glaubt auch, dass es ausserhalb unserer Macht liegt, etwas gegen Naturkatastrophen (37%), die Rohstoffverknappung (34%) und kriegerische Ereignisse (Verwicklung in Konflikte zwischen 3. Welt-Ländern: 36%; Konflikte mit Atomwaffen: 34%; Kriege in Europa: 27%) zu tun.

Eine Problembewältigung aus eigener Kraft beurteilen die Befragten dagegen bei der Ausländerfrage, dem Drogenproblem, der Kriminalität, der europäischen Integration, inneren Unruhen, technischen Katastrophen und der Umweltzerstörung als möglich. Es sind also in erster Linie "Naturgewalten" und Bedrohungen aus dem internationalen Umfeld, denen man sich ausgeliefert fühlt, während man sich im gesellschaftlichen, innerstaatlichen Bereich eine Problemlösung zutraut.

Abb. 13: Staatliche Gegenmassnahmen: "kann man nichts tun"



...*das Falsche tun* (Abb. 14,15): Mehrheitlich schlechte Noten erhält die Regierung nur in zwei Bereichen: für die Ausländer- und Asylpolitik und für die Drogenpolitik. Nicht völlig

⁸ Die Frage lautete: "Wenn Sie jetzt wieder an die gezeigten Probleme denken, was meinen Sie? Tut die Regierung in Bern heute eher zuviel das Richtige, eher zuwenig oder das Falsche um diese Probleme zu bewältigen? Oder sind Sie der Meinung, dass man dagegen gar nichts machen kann?"

zufrieden ist man aber auch mit den Massnahmen der Behörden gegen die Umweltzerstörung, die Verarmung der 3. Welt und gegen die Überbevölkerung.

Abb. 14: Beurteilung der staatlichen Gegenmassnahmen - Gesamtwertung

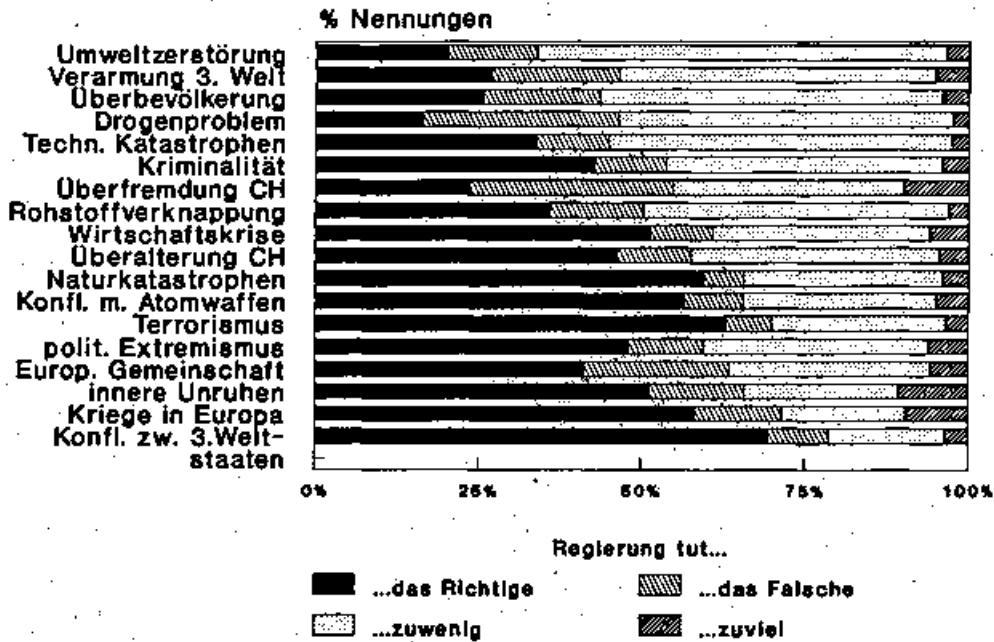
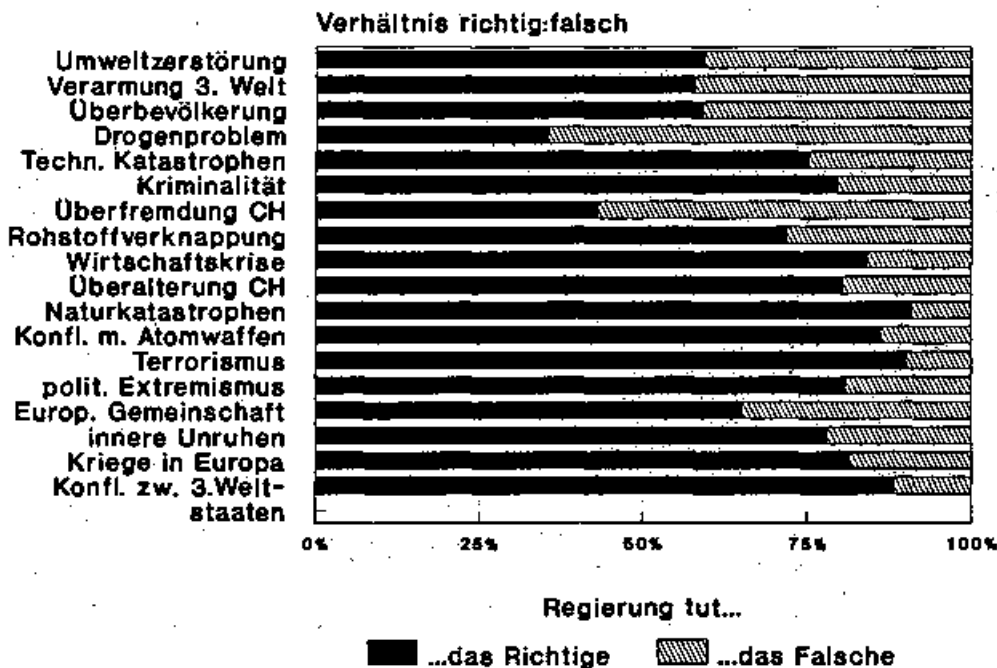
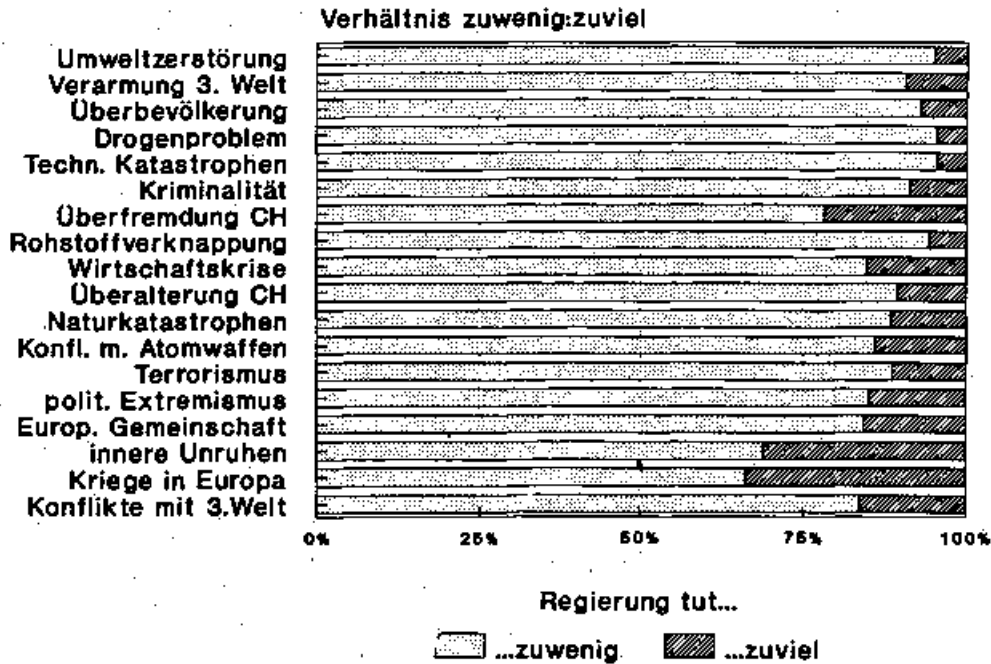


Abb. 15: Beurteilung staatlicher Gegenmassnahmen



...zuwenig tun (Abb. 16): In allen Bereichen, auch dort wo die Strategien der Behörden mehrheitlich als richtig beurteilt werden, erwartet eine grosse Zahl von Befragten vermehrte Anstrengungen zur Problemlösung.

Abb. 16: Beurteilung staatlicher Gegenmassnahmen



Für die Zukunft rechnen die meisten Befragten mit einer Akzentuierung heute aktueller Bedrohungen. Dabei wird in der Bevölkerung zwischen beherrschbaren Bedrohungen (Drogen, Kriminalität u.ä.) und solchen, denen gegenüber man sich hilflos wähnt (insbesondere natur- und technikbedingte), differenziert. Namentlich die staatliche Drogen- und Ausländerpolitik erhalten dabei keine guten Noten. Einzig bei der Kriegsgefahr in Europa rechnet man mit einer Verminderung bis zum Jahre 2000. Man glaubt zudem, die Regierung unternähme heute zuviel gegen diese abnehmende Gefahr.

5. Aufgaben und Elemente der Sicherheitspolitik

Die Diskussion um den Bericht 90 zur Sicherheitspolitik dreht sich unter anderem auch um die Frage, gegen welche Risiken Strategien zu entwickeln seien. Der Bundesrat und mit ihm die Mehrheit des Parlaments und das EMD halten weiterhin an einer Konzeption fest, die die Aufgabe der Sicherheitspolitik in erster Linie in der Abwehr machtpolitisch bedingter Bedrohungen sieht. Kritiker verschiedener Herkunft möchten den Wirkungsbereich der staatlichen Sicherheitspolitik auch auf zivilisationsbedingte Gefährdungen (d.h. wirtschaftliche, gesellschaftliche, ökologische und demographische Bedrohungen) ausweiten⁹. Offen bleibt auch, wie weit sich machtpolitisch motivierte Bedrohungen von zivilisationsbedingten Risiken überhaupt abgrenzen lassen¹⁰.

Womit sich staatliche Sicherheitspolitik letztlich befassen soll, ist abhängig von der Begriffsdefinition und hat gleichzeitig gravierende Konsequenzen für die Allokation der Mittel.

Die Auseinandersetzung um die Besetzung des Begriffs "Sicherheitspolitik" ist deshalb nicht bloss ein Streit um Worte, sondern ein politischer Konflikt um die Zuteilung der Mittel.

Welche Zielkomponenten umfasst "Sicherheitspolitik" aus der Sicht der Bevölkerung?

⁹ Für eine ausführliche Diskussion vgl. Buri, Schneider (1990), S. 257ff.

¹⁰ Vgl. Hürlimann, Spillmann (1991), S. 7ff, S. 56

Tab. 2: Komponenten des Begriffes "Sicherheitspolitik"

Frage: "Können Sie mir zu jedem der Begriffe auf dieser Liste sagen, ob dieser Begriff Ihrer Ansicht nach mit Sicherheitspolitik zu tun hat oder nicht?"

	"hat mit Sicherheits- politik zu tun"	Interesse an Gesamtverteidigung		Notwendigkeit der Armee	
		sehr grosses/ grosses Int.	gering/ kein Interesse	sehr notwendig/ eher notw.	eher nicht notw./ überh. nicht notw.
	Total %	%	%	%	%
Abrüstungsverhandlungen	91	92	91	90	94
Bekämpfung des Terrorismus	91	91	91	93	87
Militärische Landes- verteidigung	83	84	83	93	67
Wirtschaftliche Landes- versorgung	80	88	73	83	75
Staatsschutz	78	81	76	85	69
Energieversorgung	74	78	72	78	71
Zivilschutz	73	76	72	79	66
Entwicklung hin zu einem vereinten Europa	68	74	62	65	72
Flüchtlingsströme	68	73	63	71	63
Waffenproduktion/ Waffenhandel	67	69	66	73	60
Luftverschmutzung	60	64	56	58	63
Langfristige Klima- veränderungen	58	62	56	52	69
Drogenproblem	57	59	57	57	58
Tempolimiten auf Schweizer Strassen	55	55	56	53	58
Entwicklungshilfe	53	59	48	50	57
Entwicklung neuer Produkte für unsere Industrie	46	51	41	49	42
Gleichberechtigung von Mann und Frau	33	36	31	33	34
Pflege unseres kulturellen Erbes	32	34	30	33	30
	(1005)	(493)	(497)	(596)	(385)

Tab. 3: Komponenten des Begriffes "Sicherheitspolitik"

Frage: "Können Sie mir zu jedem der Begriffe auf dieser Liste sagen, ob dieser Begriff Ihrer Ansicht nach mit Sicherheitspolitik zu tun hat oder nicht?"

	Internat. Kooperation		Bildung		
	eher allein	eher zusammen mit andern	Primar-/Sek.schule	Berufsschule	Mittel-/Hochschule
	%	%	%	%	%
Abrüstungsverhandlungen	89	92	85	91	95
Bekämpfung des Terrorismus	90	91	90	92	88
Militärische Landesverteidigung	88	81	85	84	79
Wirtschaftliche Landesversorgung	78	81	74	82	81
Staatsschutz	83	77	75	82	72
Energieversorgung	69	78	67	75	79
Zivilschutz	75	74	75	74	72
Entwicklung hin zu einem vereinten Europa	53	76	58	68	76
Flüchtlingsströme	65	70	62	69	69
Waffenproduktion/Waffenhandel	69	67	65	69	66
Luftverschmutzung	55	63	62	60	58
Langfristige Klimaveränderungen	46	64	53	58	62
Drogenproblem	55	60	59	59	55
Tempolimiten auf Schweizer Strassen	52	58	58	56	52
Entwicklungshilfe	37	59	47	50	62
Entwicklung neuer Produkte für unsere Industrie	40	50	45	47	44
Gleichberechtigung von Mann und Frau	32	35	37	31	34
Pflege unseres kulturellen Erbes	32	33	34	32	32
	(235)	(705)	(197)	(520)	(284)

Die klassischen sicherheitspolitischen Aufgaben werden durchwegs von mehr als 70 Prozent der Befragten als zur Sicherheitspolitik gehörig empfunden. "Abrüstungsverhandlungen" (91%), "Bekämpfung des Terrorismus" (91%), "militärische Landesverteidigung" (82%), "wirtschaftliche Landesversorgung" (80%), "Staatsschutz" (78%), "Energieversorgung" (74%) und "Zivilschutz" (73%) werden gewissermassen zum inneren Kern der staatlichen Sicherheitspolitik gerechnet.

Eine weitere Gruppe von Risiken und Aufgaben, die in den Augen von zwei Dritteln der Befragten mit Sicherheitspolitik "zu tun haben", umfasst in erster Linie wirtschaftliche und

demographische Gefährdungen, die von der internationalen Umwelt ausgehen und unser Land direkt betreffen: "die Entwicklung hin zu einem vereinten Europa" (68%), Flüchtlingsströme (68%), "Waffenproduktion und Waffenhandel" (68%).

Im dritten Kreis, der noch mehrheitlich als Wirkungsbereich der Sicherheitspolitik definiert wird, sind ökologische und demographische Gefährdungen zu finden, die primär als innenpolitische Probleme wahrgenommen werden.

Unter dem Begriff Sicherheitspolitik werden von den meisten Befragten somit alle möglichen Ereignisse und Entwicklungen summiert, die in irgendeiner Form die persönliche Sicherheit oder die des Staates gefährden können, insbesondere jene, die bisher klassisch der Sicherheitspolitik zugerechnet wurden.

Für viele Bürgerinnen und Bürger haben alle Problemfelder, aus denen sich Konfliktstoff ergeben kann, mit Sicherheitspolitik zu tun. Sicherheitspolitik wird implizit als eine Politik der Abwehr, beziehungsweise Eindämmung von Konflikten und Gefährdungen in allen Lebensbereichen verstanden.

Mit Sicherheitspolitik "nichts zu tun", haben für mehr als die Hälfte der Befragten die "Pflege unseres kulturellen Erbes", die "Gleichberechtigung von Mann und Frau" und die "Entwicklung neuer Produkte für unsere Industrie".

Die Befragten, die für eine stärkere Kooperation der Schweiz mit anderen Ländern eintreten, setzen die Akzente in der Sicherheitspolitik entsprechend. Drei Viertel von ihnen stellen beispielsweise einen Zusammenhang zwischen einem vereinigten Europa und der schweizerischen Sicherheitspolitik her.

Dass wirtschaftliche, ökologische, gesellschaftliche und demographische Probleme in den Augen jener, welche gegenüber der Armee kritisch eingestellt sind, eher in den Bereich der Sicherheitspolitik fallen, erstaunt nicht weiter.

Schliesslich wird auch die Vermutung bestätigt, dass Entwicklungen und Ereignisse, die als grosse Bedrohungen wahrgenommen werden, eher der Sicherheitspolitik zugeordnet werden, ungeachtet ob es sich dabei um machtpolitisch bedingte oder zivilisationsbedingte Gefährdungen handelt: wo kein Risiko wahrgenommen wird, erübrigt sich eine Absicherung.

Besonders ausgeprägt ist dieser Zusammenhang beim Drogenproblem, bei der Entwicklungshilfe, bei ökologischen Risiken und bei Terrorismus und Staatsschutz.

Die entgegengesetzte Hypothese ist richtig für die "Entwicklung zu einem vereinten Europa". Diejenigen Befragten, welche die europäische Integration eher als eine Chance sehen, machen hier auch einen Pfeiler der Sicherheitspolitik aus.

6. Militärische Bedrohungsperzeption, Sicherheitspolitik und Armee

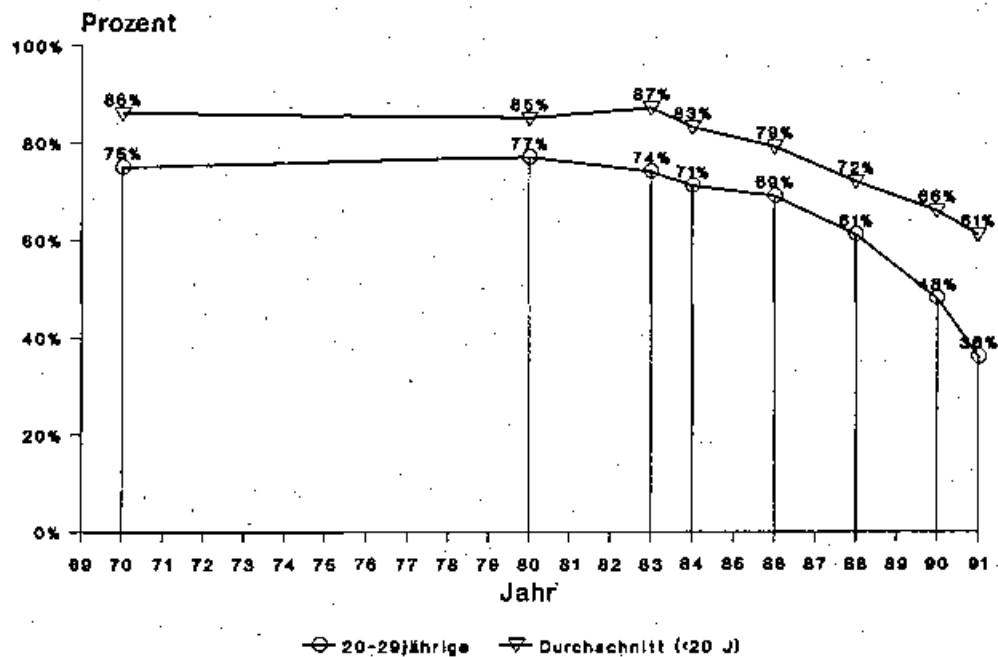
Es erscheint interessant, etwas mehr als ein Jahr nach der Abstimmung über die Initiative "Schweiz ohne Armee" danach zu fragen, wie sich das Stimmungsbild rund um die schweizerische Sicherheitspolitik und die militärische Landesverteidigung trendmssig entwickelt hat. 1990 war sowohl international wie auch in der schweizerischen Innenpolitik ein Jahr relevanter sicherheitspolitischer Veränderungen. Im Herbst 1990, stand die Welt unerwartet vor dem Ausbruch eines neuen Golfkrieges. Die öffentliche Diskussion um die künftige Ausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik kam mit dem "Bericht 90" in Gang. Gleichzeitig sorgte die Veröffentlichung des Berichtes der PUK-EMD, insbesondere die Enttarnung der Widerstandsorganisationen P-26 und P-27 im Oktober 1990 dafür, dass das EMD im November/Dzember nicht aus den Schlagzeilen geriet. Die wichtigsten dieser Ereignisse fielen in den Zeitraum der hier analysierten Befragung. Dadurch ergibt sich die in der Sozialforschung seltene Gelegenheit, den Wechsel von Stimmungslagen im Rahmen einer einzigen Befragung eingehender untersuchen zu können.

6.1. Befürwortung der Schweizer Armee - Akzeptanzindikator für die Landesverteidigung schlechthin

Als Indikator für die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung schlechthin darf die Frage nach der Zustimmung zur Armee gelten. Sie wird in der Schweiz seit 1970 in unregelmässigen Abständen aber in derselben Art gestellt (Abb. 17).

Von 1970 bis 1984 lag die Zustimmung zur Notwendigkeit der Schweizer Armee in repräsentativen Befragungen jeweils über 80%. Sie erreichte 1986 erstmals die Vierfnftelschwelle nicht mehr. 1988 sprachen sich noch 72% der Befragten für die Notwendigkeit der Armee aus. Bei der Abstimmung über die Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee", im November 1989, hiessen bei einer hohen Stimmbeteiligung 35,6% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Initiative gut. Im Oktober 1990 lag der Anteil der Armeebefrworter bei 66%. In unserer Befragung halten 61% aller Befragten (Alter 20 und älter) die Schweizer Armee für notwendig, darunter 26% für unbedingt und 35% für eher notwendig.

Abb. 17: Notwendigkeit der Armee

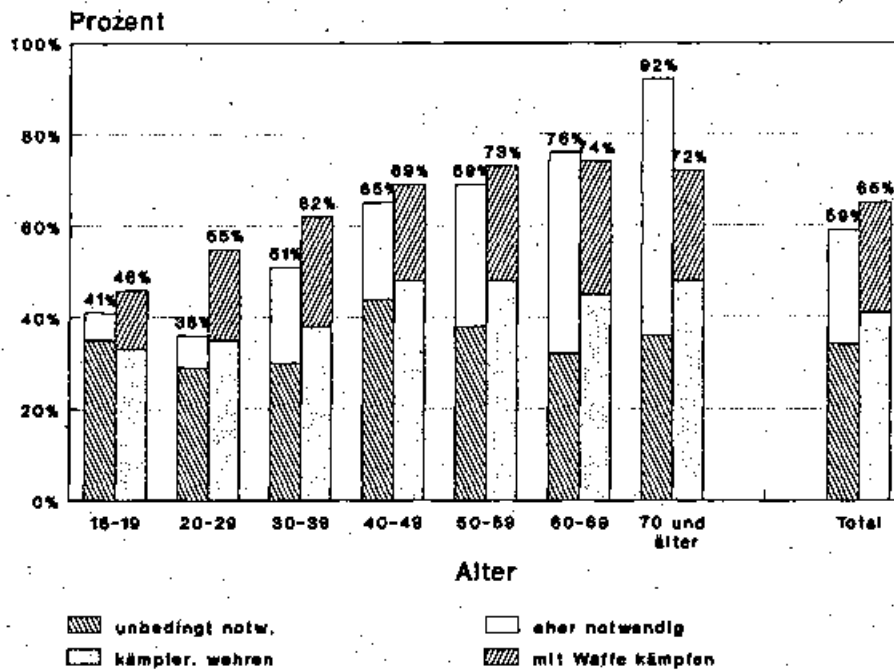


Quellen: 1970, 1980: Verein zur Förderung des Wehrwillens; 1983: Haltiner (1986); 1984: Institut ISOPUBLIC Zürich; 1986: Riklin, Frei 1986; 1988: Riklin, Laggner 1988; 1990: Riklin, Hafen 1990

Im Trend nimmt die Zustimmung zur Schweizer Armee somit derzeit ab. Dabei fällt auf, dass die Differenz zwischen der Zustimmung durch die Durchschnittsbevölkerung und derjenigen durch die 20-29jährigen, die schon seit jeher bestand, sich ausgeweitet hat: 1991 halten nur noch 36% der 20-29jährigen die Armee für notwendig (Abb. 17).

Demgegenüber liegt die selbstbekundete Wehrbereitschaft, d.h. die Bereitschaft, bei einem bewaffneten Angriff auf die Schweiz mit der Waffe zu kämpfen bzw. sich irgendwie kämpferisch zu wehren, mit insgesamt 65% leicht höher als die durchschnittliche Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee (Abb. 18). Dies gilt ausgeprägt für die Altersgruppe der 20-39jährigen. Während die 20-29jährigen die Armee nur zu 36% gutheissen, geben sie immerhin mehrheitlich (55%) an, sich notfalls bei einem Angriff auf die Schweiz irgendwie wehren zu wollen. Ähnlich, wenn auch weniger stark differieren die entsprechenden Antworten bei den 30-39jährigen. Deutlich geringer sind die Unterschiede zwischen der Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee und der Wehrbereitschaft bei den 16-19jährigen und den über 40jährigen. Während die Wehrbereitschaft relativ regelmässig altersabhängig steigt (Ausnahme 70+), liegt die Armeekzeptanz offensichtlich gerade bei jenen Altersgruppen am tiefsten, aus welchen sich das Gros des Armeepersonals rekrutiert. Dieser Befund deckt sich mit jenem aus den Abstimmungsanalysen zur Initiative "Schweiz ohne Armee" (Vox-Analyse der eidg. Abstimmung vom 26. November, 1989, sowie Haltiner 1990, S.4).

Abb. 18: Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee und Verhalten bei einem bewaffneten Angriff auf die Schweiz



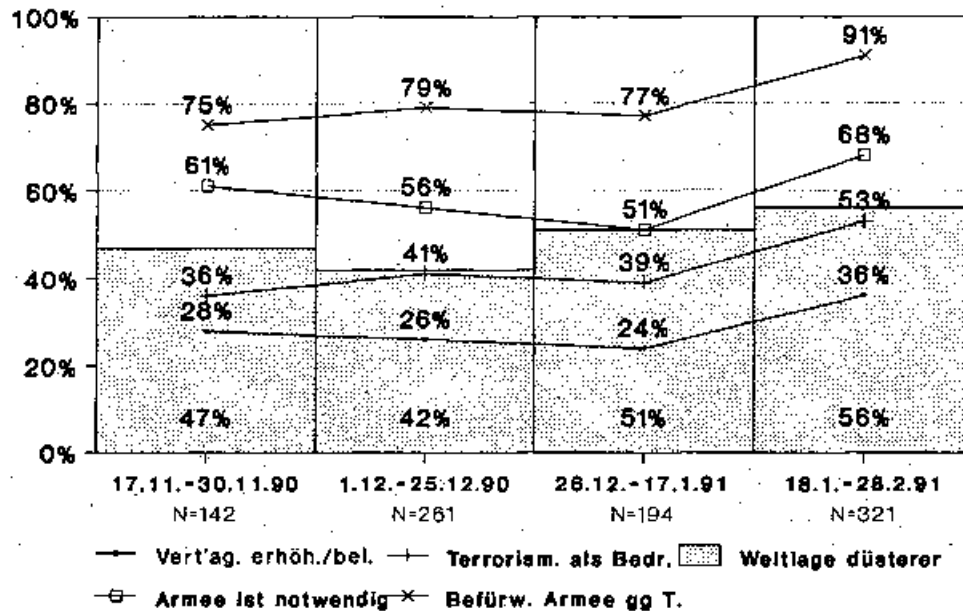
Wo liegen die Gründe für diesen Akzeptanz- und Imageverlust der militärischen Landesverteidigung in der Schweiz? Frühere Untersuchungen lassen begründet vermuten, es seien sowohl äussere Faktoren, darunter insbesondere die militärische Bedrohungswahrnehmung, als auch innere, welche die sicherheitspolitisch relevanten Einstellungsmuster bestimmen (Haltiner 1986, 1990). Zu den inneren Faktoren zählen nicht nur sicherheitspolitische Ereignisse und Entscheidungen, sondern auch der Wandel sicherheitspolitisch wichtiger Wertvorstellungen.

6.2. PUK-EMD und Golfkrieg

Im November veröffentlichte die PUK-EMD ihren Untersuchungsbericht. Die enttarnten geheimen Widerstandsorganisationen P-26 und P-27 und deren Legitimation blieben bis vor Weihnachten ein bestimmendes Medienthema. Die Befragter der EXPLORA berichteten vor Weihnachten 1990 von erheblichen Widerständen und Misstrauen gegen das Thema "Sicherheitspolitik" in der zu befragenden Bevölkerung. Durch das Ultimatum der UNO vom 29.11.90 an den Irak, die Besetzung Kuwaits bis zum 15. Januar 1991 rückgängig zu machen, eskalierte die Golfkrise. Am 17.1.1991 schliesslich begannen die Alliierten mit ihren Bombardierungen des Iraks.

Wie reagierte die Schweizer Bevölkerung auf diese Ereignisse? Darüber gibt eine Analyse der Entwicklung des Antwortverhaltens in je vier Perioden unserer vom 17.11.90 bis 28.2.91 dauernden Befragung Aufschluss (Abb. 19).

Abb. 19: Bedrohungsveränderung und Armeekzeptanz



Die Einschätzung der Weltlage für die nächsten 5 Jahre begann sich markant erst nach dem 25. Dezember 1990 zu verdüstern. Die pessimistische Einschätzung der Weltlage, die mit 47% im November auch im Vergleich zu früheren Ermittlungen hoch liegt (Abb. 20), nimmt im Dezember 1990 zwar leicht ab auf 42%, steigt dann aber vor dem Beginn der alliierten Aktionen am Golf auf 53% und schliesslich nach Kriegsausbruch auf 56%. Sichtbar nimmt in der vierten Phase auch die Angst vor dem Terrorismus als Bedrohung zu. Die Zustimmung zur Armee liegt im November 1990 bei durchschnittlich 61%. Infolge der geringen Zahl der in diesem Zeitraum befragten Personen (N=142) muss hier mit einem hohen doppelten Standardfehler gerechnet werden (+/-8%). Die Zahl der Armeebefürworter sinkt dann, höchstwahrscheinlich im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion um den Bericht der PUK-EMD, auf 56% und in der ersten Januarhälfte gar auf 51%. Das Geschehen am Golf ab dem 17.1. 1991 lässt dann aber die Zustimmung zum Militär sprunghaft auf 68% anschwellen. Ähnliche Verlaufsmuster zeigen die Befürwortung des Einsatzes der Armee gegen Terroranschläge und die Forderung nach Erhöhen bzw. Belassen der Verteidigungsausgaben.

6.3. Äussere Bedrohungsintensität und Armeekzeptanz

Es besteht somit ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der äusseren, insbesondere der militärischen Bedrohungswahrnehmung und der Akzeptanz der Landesverteidigung.

Aber: welches Gewicht kommt dem "äusseren" Faktor zu für die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung?

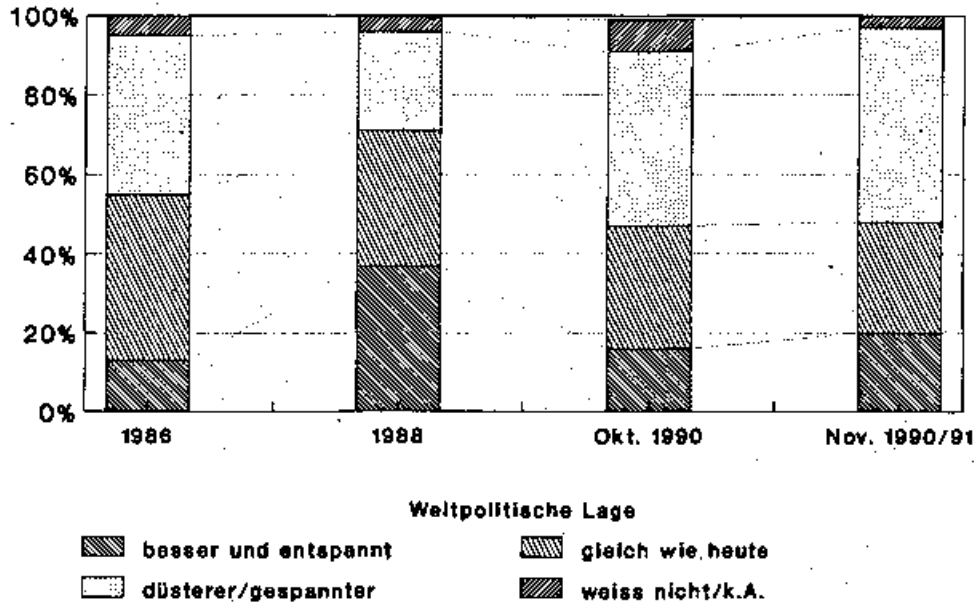
- Eine in der dritten Aprilwoche 1991, also nach Abschluss des Golfkrieges, von der Schweizer Illustrierten durchgeführte Telefonbefragung in der deutschen und französischen Schweiz bei insgesamt 502 Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren ergibt eine Zustimmungsrate von 57% zur Armee.¹¹

Auch wenn die statistische und methodische Unschärfe einer Telefonbefragung als relativ hoch eingestuft werden muss, so scheint sich doch der Stimmungsauftrieb für die Schweizer Armee während dem Golfkrieges bereits wieder verflüchtigt zu haben. Der Einfluss des "äusseren" Faktors für die Einstellung zur Armee wäre in diesem Fall nicht sehr dauerhaft gewesen.

- Die Einschätzung der weltpolitischen Lage für die nächsten 5 Jahre wurde in den UniVox-Befragungen 1986-1990 und in unserer eigenen Befragung mit derselben Frage ermittelt (Abb. 20). Es überrascht nicht, dass in der Beurteilung der internationalen Lage ab Herbst 1990 im Vergleich zu 1988, als der Bedrohungszerfall im Osten im vollen Gange war und eine eigentliche Friedenseuphorie bewirkt hatte, durch das Geschehen am Golf eine gewisse Ernüchterung eintrat (Riklin, Hafén 1991). Rund die Hälfte der Befragten ging im Winter 91 davon aus, dass sich die weltpolitische Lage in den kommenden 5 Jahren eher wieder verdüstem würde. Dennoch wird mit Bezug auf mögliche Kriegsgefahren durchaus differenziert geurteilt: Bei der Einschätzung potentieller Veränderungen von insgesamt 18 Bedrohungspotentialen bis zum Jahre 2000 (vgl. Abb. 12) wird zwar eine Zunahme an Terrorismus, politischem Extremismus und an kriegerischen Konflikten mit der Dritten Welt befürchtet. Hingegen rechnen die Befragten trotz Golfkrieg mit einer weiteren Abnahme der Kriegsgefahr in Europa.

¹¹ Frage: "Falls am nächsten Wochenende erneut über die Abschaffung der Armee abgestimmt würde, wären Sie da für oder gegen die Abschaffung der Schweizer Armee?"
Schweizer Illustrierte, Woche vom 22.-27. April 1991, S. 16

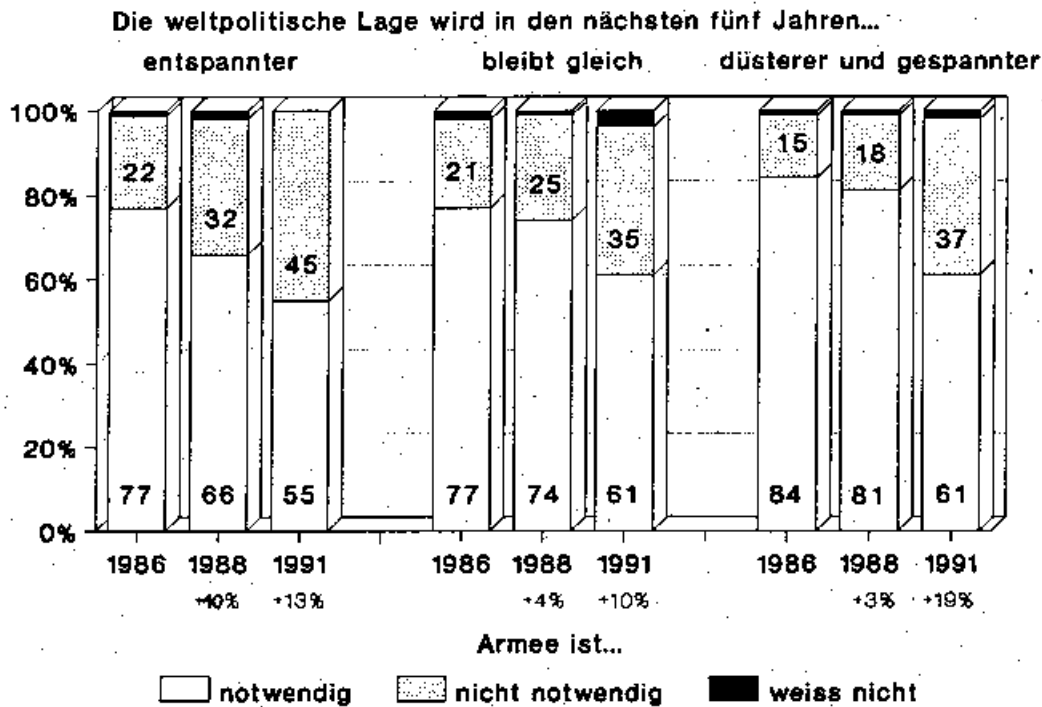
Abb. 20: Beurteilung der Entwicklung der weltpolitischen Lage



Quellen: Riklin, Frei 1986; Riklin, Laggner 1988; Riklin, Hafen 1990

Nimmt man die Einschätzung der weltpolitischen Lage als Indikator für die wahrgenommene sicherheitspolitische Bedrohungsintensität und korreliert diesen für mehrere Jahre mit der Akzeptanz der Armee, so lässt sich die Bedeutung ersterer für die Wehrmotivation in etwa abschätzen (Abb. 21). In allen Erhebungsjahren (1986, 1988, 1991) stimmen Befragte, welche die Entwicklung der weltpolitischen Lage als düster und gespannt einstufen der Notwendigkeit der Armee in höherem Mass zu, als jene welche davon ausgehen, dass die Lage "gleich bleibt" bzw. "entspannter" wird. Jedoch nimmt von 1986 bis 1988, dem Zeitraum in dem die west-östliche Entspannung sichtbar vorankommt nur gerade unter jenen, welche an die Entspannung glauben, der Anteil der Armeegegner deutlich zu (um 10% auf 32%). Es profitierten von dieser "Friedensdividende" insbesondere die Initianten des Volksbegehrens "Für eine Schweiz ohne Armee". Beim Vergleich der Jahre 1988 und 1991 scheint indessen nicht die

Abb. 21: Befürwortung der Armee nach Einschätzung der Weltlage



Quellen: Riklin, Frei 1986; Riklin, Laggner 1988; Riklin, Hafen 1990

äussere Bedrohungslage die Haltung zur Armee entscheidend beeinflusst zu haben, denn die Armeegegner nehmen jetzt in allen Gruppen zu. Zwar finden sich 1991 unter den Zukunftsoptimisten mit 45% deutlich mehr Armeegegner als bei denjenigen, die davon ausgehen, dass die Lage gleich bleibt (35%) und bei denen, die eine Verdüsterung erwarten (37%). Aber auffallend ist der starke Anstieg an Armeegegnern von 1988 auf 1991 gerade bei den beiden letztgenannten Gruppen (+10% bzw. +19%). Daraus darf man schliessen, dass der sinkende Trend mit Hinblick auf die Zustimmung zur Schweizer Armee derzeit weniger durch die aussenpolitische Entspannung als vielmehr durch andere Faktoren bestimmt wird.

Der äusseren Bedrohungslage kommt offensichtlich nicht zu jedem Zeitpunkt das gleiche Gewicht zu für die Akzeptanz der militärischen Landesverteidigung.

6.4. Regierungszufriedenheit und Armeeakzeptanz

Die in (Abb. 19) abgebildete Periodisierung verschiedener Indikatoren zur Akzeptanz der militärischen Landesverteidigung lässt vermuten, die öffentliche Diskussion um Fichen und geheime Widerstandsorganisationen habe das Image der Armee und des EMD in stärkerem Mass angeschlagen, als dies gemeinhin angenommen wird. Das lässt sich überprüfen durch Berücksichtigung von Fragen nach der persönlichen Zufriedenheit mit der Art und Weise wie die Schweiz regiert wird.

Als sehr oder eher zufrieden bezeichnen sich in unserer Befragung insgesamt 41% der Befragten (Tab. 4). Ein Drittel gibt sich "unentschieden" und ein Viertel (25%) als "eher" bzw. "sehr unzufrieden". Der Zufriedenheitsgrad variiert mit dem Alter: er ist am geringsten bei den 20-39jährigen, relativ höher bei der jüngsten Befragtengruppe, den 16-19jährigen und über 40jährigen. Er sinkt mit steigendem Bildungsstatus.

Bis 1988 war die Zufriedenheit mit der Regierung konstant hoch. Seit 1989 hat sich der Anteil der Unzufriedenen mehr als verdoppelt. Für 1991 muss von einem eigentlichen Einbruch bei der Regierungszufriedenheit gesprochen werden.

Tab. 5: Zufriedenheit mit der Regierung

Frage: "Sind Sie persönlich zufrieden oder unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Schweiz regiert wird?"

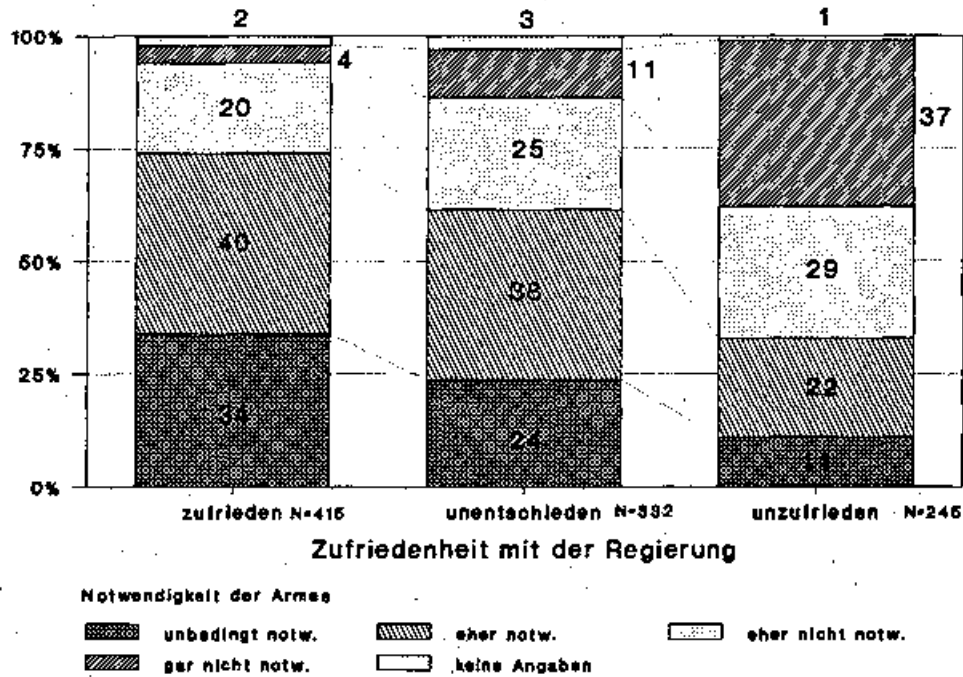
	1986	1987	1988 ¹²	1989	1990	1991
sehr zufrieden	6	10	7	6	13	5
eher zufrieden	30	34	36	50	41	36
geht so/unentschieden	32	30	38	31	27	33
eher unzufrieden	15	15	13	8	12	19
sehr unzufrieden	5	5	4	3	4	6
keine Antwort	12	6	3	2	3	1
	(704)	(689)	(727)	(698)	(699)	(1005)

Quelle: UniVox IIa "Staat" (1986-1990)

Sehr deutlich unterscheiden sich nun die Regierungszufriedenen und die Unzufriedenen in ihrer Einschätzung der Armee (Abb. 22): Unter den Regierungszufriedenen sind 74% der Meinung, die Armee sei notwendig. Nur noch 62% sind dies bei jenen, welche eine eher laue Zufriedenheit mit der Art und Weise wie die Schweiz regiert wird bekunden. Unter den Unzufriedenen bekennen sich gar nur noch ein Drittel zur Notwendigkeit der Armee.

¹² 1986 bis 1988 wurde eine etwas andere Fragestellung verwendet: "Wie zufrieden sind Sie - aufs Ganze gesehen - mit der Schweizerischen Politik?". Die Formulierung 1986 bis 1988 ist mit jener ab 1989 nur beschränkt vergleichbar.

Abb. 22: Armeeakzeptanz nach Zufriedenheit mit der Art und Weise wie die Schweiz regiert wird



Die Vermutung, die Staatsschutzaffäre im weitesten Sinne habe auch das Image des Militärs nicht unberührt gelassen, wird dadurch gestützt.

7. Glaubwürdigkeit der nationalen Verteidigung

Eine Reihe von Untersuchungen belegt einen wachsenden Glaubwürdigkeitsschwund der militärischen Verteidigung in vielen westeuropäischen Staaten (Giller u.a. 1990). Auch in der Schweiz klafft zwischen der Zustimmung zur Armee und der Überzeugung, diese sei abschreckend, seit längerem eine Lücke (Haltiner 1990 S. 34ff). Die damit verbundene Verunsicherung erodiert nicht nur tendenziell die Legitimation der militärischen Landesverteidigung. Sie aktualisiert insbesondere Fragen nach dem Aufwand dafür (vgl. Kapitel 11). Zudem wird die Infragestellung des Militärs zunehmend auch von jenen toleriert, die der Armee durchaus nicht ablehnend gegenüberstehen (Tab. 6).

Tab. 6: "Infragestellungstoleranz" gegenüber der militärischen Landesverteidigung

Frage: "Zwei Personen diskutieren..."

A sagt: "Es ist unverantwortlich, wenn man heute in gewissen Kreisen die Verteidigungsanstrengungen der Schweiz in Frage stellt."

B sagt: "In der Schweiz sollte man mehr Verständnis aufbringen für Leute, die zwar unsere Verteidigungsanstrengungen in Frage stellen, sich aber doch ernsthaft um den Frieden bemühen."

Spaltenprozente	Jahr 1989		Jahr 1990	
	alle	20-29jährige	alle	20-29jährige
Stimme A völlig zu	15	10	13	6
Stimme A eher zu	12	8	12	9
Stimme B eher zu	26	25	32	31
Stimme B völlig zu	31	42	33	39
Kann weder A noch B zustimmen	9	8	7	12
weiss nicht/keine Angaben	7	7	3	3
	(1061) über 16jährige	(241)	(1005) über 16jährige	(200)

Es war insbesondere das Glaubwürdigkeitsdefizit, das bei der Abstimmung zur Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee" in sehr hohem Mass die Ja von den Nein-Stimmen trennte.¹³

¹³ Nur wenige der Ja-Stimmenden stimmten in einer Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.11.89 der Vorgabe "Die Schweizer Armee trägt dazu bei, fremde Mächte von einem Angriff auf die Schweiz abzuhalten" zu. Dagegen lag die Zustimmung bei den "Nein"-Stimmenden zwischen 73% und 78%. Vgl. Haltiner 1990, S. 38.

Tab. 7: Verteidigungsanstrengungen

Frage: "Zwei Personen diskutieren..."

A sagt: "Wir sind zwar nur ein kleines Land, aber unsere Verteidigungsanstrengungen sind wirkungsvoll."

B sagt: "Ich zweifle am Sinn unserer Verteidigungsanstrengungen, denn was kann ein Kleinstaat heutzutage in einem Krieg schon ausrichten."

Spaltenprozente	Jahr 1989		1990	
	alle	20-29jährige	alle	20-29jährige
Stimme A völlig zu	27	20	22	12
	47	35	43	26
Stimme A eher zu	20	15	21	14
Stimme B eher zu	17	25	24	27
	38	48	48	61
Stimme B völlig zu	21	23	24	34
Kann weder A noch B zustimmen	7	7	8	12
	15	17	9	13
weiss nicht/keine Angaben	8	10	1	1
	(1061)	(241)	(1005)	(200)
	über 16jährige		über 16jährige	

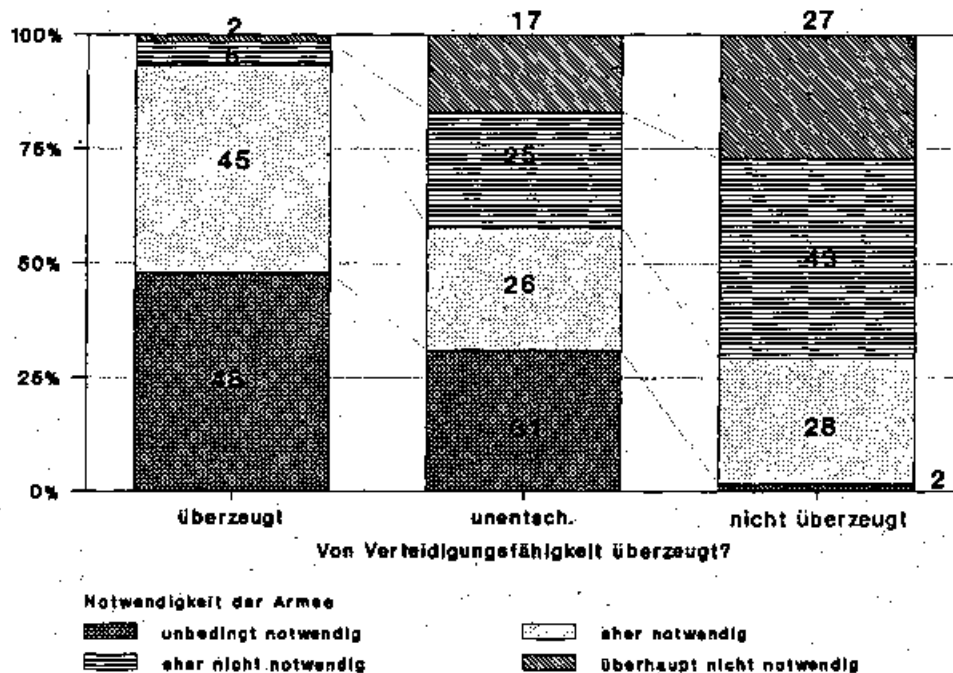
Bei der Einschätzung der Wirksamkeit der schweizerischen Verteidigungseinrichtungen ist die befragte Bevölkerung gespalten (Tab. 7). Noch in der Nachbefragung zur Abstimmung über die Armeeabschaffungsinitiative zeigte sich eine relative Mehrheit von 47% davon überzeugt, "unsere" Verteidigungsanstrengungen seien wirkungsvoll, 38% zweifelten und 15% wollten sich hierzu nicht festlegen. In der Befragung 1991 haben sich die Proportionen insofern leicht verschoben, als die Zweifler nun eine relative Mehrheit bilden (48%), während insbesondere jene, welche sich nicht entscheiden wollen, abgenommen haben (9%). Deutlich überwiegt die Skepsis bei der Befragtengruppe der 20-29jährigen. Sie hat innert Jahresfrist weiter zugenommen: Nachdem 1989 nur knapp die Hälfte der 20-29jährigen Zweifel am Sinn der Verteidigungsanstrengungen der Kleinstaates Schweiz äusserten, sind es 1991 61%.

Die grosse Bedeutung des Vertrauens in die Wirksamkeit der Verteidigungseinrichtungen für die Zustimmung zur Armee wird in (Abb. 23) deutlich. Die Befürworter der Armee eint das grosse Vertrauen in die Wirksamkeit der militärische Verteidigung, während der

Zweifel an der Fähigkeit des Kleinstaates Schweiz, sich notfalls erfolgreich zur Wehr setzen zu können, die Armeegegner verbindet.

In dem Masse wie das Militär immer weniger unter traditionellen, symbolhaften und immer stärker unter einer instrumentellen Perspektive gesehen wird, dürften die wahrgenommene Glaubwürdigkeit und Effizienz der Armee für deren Legitimation an Gewicht zunehmen!

Abb. 23: Armeeakzeptanz und Einschätzung der Verteidigungsfähigkeit



8. Beteiligungsbereitschaft, Verteidigungswürdigkeit und nationale Identifikation

Die militärische Beteiligungsbereitschaft des Bürgers gehört zu den politischen Voraussetzungen für ein Milizheer, ebenso wie die Identifikation mit dem zu Verteidigenden. Frühere Untersuchungen lassen vermuten, die in der Schweiz traditionell hochgehaltene Norm, Verteidigung sei eine Sache aller, lockere sich zugunsten einer "Ja-aber ohne mich"-Haltung (Haltiner 1985, 1986). In der 1989 und 1991 gestellten Frage nach der Beteiligungsbereitschaft stellte sich jeweils eine Mehrheit hinter die Forderung, Verteidigung sei eine Sache aller (Tab. 8).

Tab. 8: Persönliches Engagement im Rahmen der Landesverteidigung

Frage: "Zwei Personen diskutieren..."

A sagt: "Landesverteidigung ist eine nationale Aufgabe, die jede und jeden von uns angeht."

B sagt: "Landesverteidigung mag eine notwendige Sache sein, aber ich will persönlich damit möglichst wenig zu tun haben."

Spaltenprocente	Jahr 1989		Jahr 1990		
	alle	20-29jährige	alle	20-29jährige	Frauen
Stimme A völlig zu	36	25	35	21	34
Stimme A eher zu	19	22	22	16	24
Stimme B eher zu	13	13	15	19	15
Stimme B völlig zu	12	15	9	15	9
Kann weder A noch B zustimmen	12	15	15	25	13
weiss nicht/keine Angaben	8	10	4	4	5
	(1061)	(241)	(1005)	(200)	(520)
	über 16jährige		über 16jährige		

Das diesbezügliche Antwortverhalten bei der Durchschnittsbevölkerung hat sich von 1989 bis 1991 nicht verschoben. Auch weichen Frauen, die ja nur auf freiwilliger Basis in die Verteidigungseinrichtungen einbezogen werden, 1990 vom Durchschnitt der Befragten nicht ab. Hingegen zeigt sich bei den 20-29jährigen eine deutliche Lockerung der Beteiligungsnorm innert Jahresfrist. Noch 1989 stellten sich 47% der jüngeren Befragten hinter die Forderung nach allgemeiner Beteiligung, 28% lehnten sie ab. 1991 sind es nur 37%, die ihr zustimmen, und 34%, die sich davon distanzieren. Auffallend hoch sind die Anteile derer, die sich ins Unverbindliche flüchten oder keine Angaben zu machen bereit sind.

Die besondere Verteidigungswürdigkeit der Schweiz bleibt demgegenüber mehrheitlich unbestritten (Tab. 9). 62% der Befragten sind der Meinung, es gäbe "viele, was die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern verteidigungswert macht". Diese Meinung nimmt mit dem Alter leicht zu, erweist sich sonst aber über die meisten sozio-demographischen Merkmale ziemlich gleichverteilt (vgl. Riklin, Hafén 1990).

Tab. 9: Verteidigungswürdigkeit der Schweiz

Spaltenprozent	alle %	16-19jähr. %	20-29jähr. %
Es gibt vieles, was die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern verteidigungswert macht.	62	49	51
Unentschieden	16	17	21
Es gibt eigentlich nichts, was die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern verteidigungswert macht.	18	28	25
Keine Angabe	4	6	3
	(1005)	(68)	(200)

Deutlich in Abnahme begriffen zu sein scheint hingegen der Grad an nationaler Identifikation (Tab 9). Stimmt 1983 nur 29% aller Befragten sowie 40% der 20-29jährigen der Vorgabe zu: "Ich bin zwar Schweizer(in), aber es würde mir nichts ausmachen, wenn ich Bürger(in) eines anderen Landes wäre", so sind dies 1991 42% aller Befragten bzw. 49% bei den 20-29jährigen. Diese Lockerung muss vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung und Universalisierung, sowie dem Wandel traditioneller Werte gesehen werden. Unter den sogenannten Postmaterialisten halten rund Zweidrittel die schweizerische Staatsbürgerschaft für relativ bedeutungslos, während die Materialisten die Gewichte genau umgekehrt setzen.

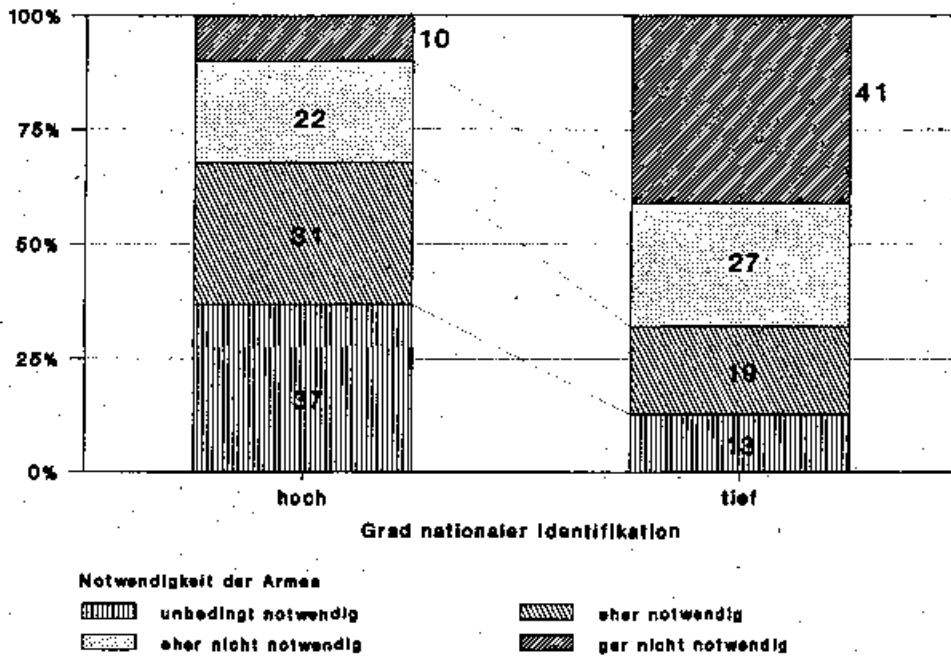
Tab. 10: Nationale Identifikation

Item: "Ich bin zwar SchweizerIn, aber es würde mir nichts ausmachen, wenn ich BürgerIn eines anderen Landes wäre."

Spaltenprozent	1983		1991						
	alle	20-29j	alle	20-29j	mat. Werte	gem. Werte	postmat. Werte		
sehr einverstanden	9	13	20	24	15	17	32		
eher einverstanden	20	27	22	25	12	21	32	64	
eher nicht einverstanden	23	24	24	28	23	26	20		
gar nicht einverstanden	43	31	30	19	47	31	13	33	
keine Antwort	5	4	4	4	3	5	3		
	(1783)	(348)	(1005)	(200)	(196)	(548)	(258)		

Zwischen dem Grad nationaler Identifikation und der Einstellung zur Notwendigkeit der Armee besteht ein klarer Zusammenhang (Abb. 24). Je stärker die nationale Identifikation, desto höher die Befürwortung der Armee und umgekehrt. Diese enge Verknüpfung erstaunt nicht, denn in der an nationalen Symbolen eher armen Schweiz übernahm das Militär traditionell diese Funktion.

Abb. 24: Armeekzeptanz und nationale Identifikation



N-1061

9. Sicherheits- und wehrpolitische Zielvorstellungen

Das Ende des kalten Krieges, die Verschärfung des Nord-Süd-Konfliktes, die voranschreitende europäische Integration und der Wandel traditioneller Werte stellen die Sicherheitspolitik der Schweiz in den Augen weiter Bevölkerungskreise, wie bereits erwähnt, vor neue Herausforderungen. Die öffentliche Diskussion im Vorfeld zur Abstimmung über die Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee" liess teilweise scharfe Gegensätze über den gewünschten sicherheitspolitischen Kurs sichtbar werden. Das Abstimmungsergebnis wurde insbesondere vor den Initianten und den Medien im Sinne eines wachsenden Drucks auf eine stärkere Öffnung der schweizerischen Sicherheitspolitik, auf eine Bedeutungssteigerung der aktiven, kooperativen und ausgreifenden Elemente auf Kosten der defensiven interpretiert. Die Nachbefragungen zur Abstimmung vom November

1989 enthüllten aber sowohl bei den sicherheitspolitischen Zielvorstellungen wie auch bei den Reformwünschen zur Armee ein eher widersprüchliches, teilweise diffuses Bild. Inwieweit hat sich das mittlerweile geändert?

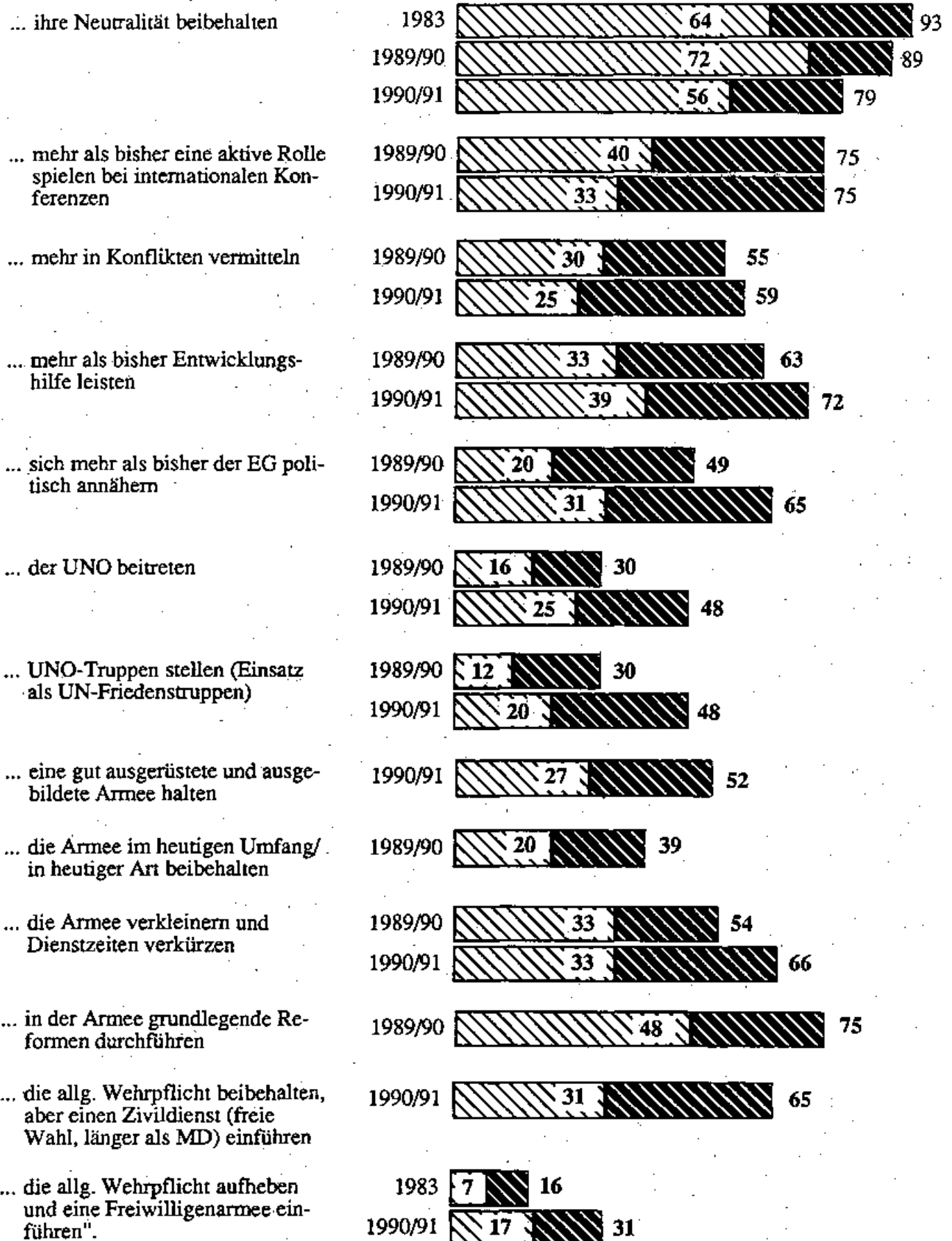
Eine Reihe diesbezüglicher Fragen ergibt folgende Trends (Abb. 25).

- Gegenüber 1983 und 1989 zeigt sich 1991 eine signifikante Veränderung bei der Bewertung der Neutralität. Die Zustimmung liegt mit 79% erstmals unter der 80%-Schwelle. Zudem hat im Vergleich zum Vorjahr die Intensität der Forderung nach Beibehaltung abgenommen: Nur noch 56% statt 72% erklären sich mit der Vorgabe, die Schweiz solle ihre Neutralität beibehalten, sehr einverstanden.
- Der Wunsch nach einer aktiveren Rolle bei internationalen Konferenzen erreicht 1989 wie 1991 die Zustimmung von 75% der Befragten. Leicht höher als 1989 liegt der Konsens bei der Vorgabe, die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- Beinahe Dreiviertel der Befragten fordern mehr Entwicklungshilfe, deutlich mehr als 1989 (72% statt 63%).
- Bemerkenswert deutlich wird eine politische Annäherung an die EG begrüsst (65% gegenüber 49%). Ein UNO-Beitritt findet zwar noch keine Mehrheit (48%), aber gegenüber der vorjährigen Befragung ist der Zuwachs von 18% beachtlich. Gleiches gilt für die Bereitschaft UNO-Truppen zu stellen.
- Eine knappe Mehrheit möchte die Armee "gut ausgerüstet und ausgebildet" erhalten, aber deutlich zugenommen hat von 1989 bis 1991 der Anteil an Befragten, welcher die Armee verkleinern und die Dienstzeiten verkürzen möchte.
- Einem Zivildienst auf der Basis freier Wahl aber unter Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht stimmen 65% zu. Auf dem Vormarsch sind gegenüber 1983 die Befürworter einer Freiwilligenarmee.

Abb. 25: Sicherheitspolitische Zielvorstellungen

"Die Schweiz sollte...

▨ sehr einverstanden ▩ eher einverstanden



Nennenswerte Abweichungen von diesen Durchschnittswerten ergeben sich bei der Bewertung der "äusseren" Komponente der Sicherheitspolitik insbesondere nach Sprachregionen, Einschätzung der Weltlage und Werthaltungen (Tab. 11) sowie bei der Bewertung der Armee nach Alter, Regierungszufriedenheit, Bildung und Werthaltungen (Tab. 12):

- Der schweizerischen Neutralität messen die Westschweizer sowie jene, welche von einer kommenden Entspannung der Weltlage ausgehen, deutlich weniger Bedeutung bei als der Bevölkerungsdurchschnitt. Gleiches gilt für die Vertreter postmaterialistischer Werte.
- Eine engagierte Vermittlerrolle der Schweiz in Konflikten wird von den Westschweizern überdurchschnittlich stark abgelehnt. Dies in eigenartigem Kontrast dazu, dass sie sich sonst einem aussenpolitischen Engagement der Schweiz gegenüber eher aufgeschlossener zeigen als die Deutschschweizer (EG, UNO). Entspannungsoptimisten und Postmaterialisten fordern stärker als der Durchschnitt ein Mehr an äusserem sicherheitspolitischem Engagement der Schweiz.
- Jüngere Befragte, höher Gebildete, mit der Regierung Unzufriedene und Postmaterialisten äussern sich teilweise erheblich kritischer gegenüber der Armee als die Durchschnittsschweizer(innen). Ihre Forderungen zielen auf einen Abbau des Stellenwertes der Armee in der Sicherheitspolitik. Obgleich die Beibehaltung der Wehrpflicht in allen Gruppen unbestritten bleibt, will man bei der militärischen Landesverteidigung rundum abbauen. Gross ist in diesen Gruppen der Anteil der Befürworter einer Freiwilligenarmee (20-29jährige: 47%!).

Tab. II:

Frage: "Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden auf der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind."

Spaltenprozent ("sehr" und "eher" einverstanden")	Total	Sprachregion		Weltlage			Werthaltungen		
		Deutsch- schweiz	West- schweiz	besser/ entspannter	bleibt so wie heute	düsterer/ gespannter	postmat. Werte	gemischte Werte	mat. Werte
Die Schweiz sollte...									
...ihre Neutralität beibehalten	80	81	75	69	81	83	72	80	88
...mehr als bisher eine aktive Rolle spielen bei inter- nationalen Konferenzen	75	72	85	83	75	71	78	75	61
...mehr Entwicklungshilfe leisten	72	67	88	81	75	67	85	69	64
...sich mehr als bisher der EG politisch annähern	65	60	84	74	67	62	73	64	58
...mehr in Konflikten vermitteln	57	69	24	65	56	58	71	56	52
...der UNO beitreten	48	43	54	59	52	41	62	46	35
	(1005)	(779)	(226)	(201)	(282)	(490)	(258)	(548)	(196)

Tab. 12:

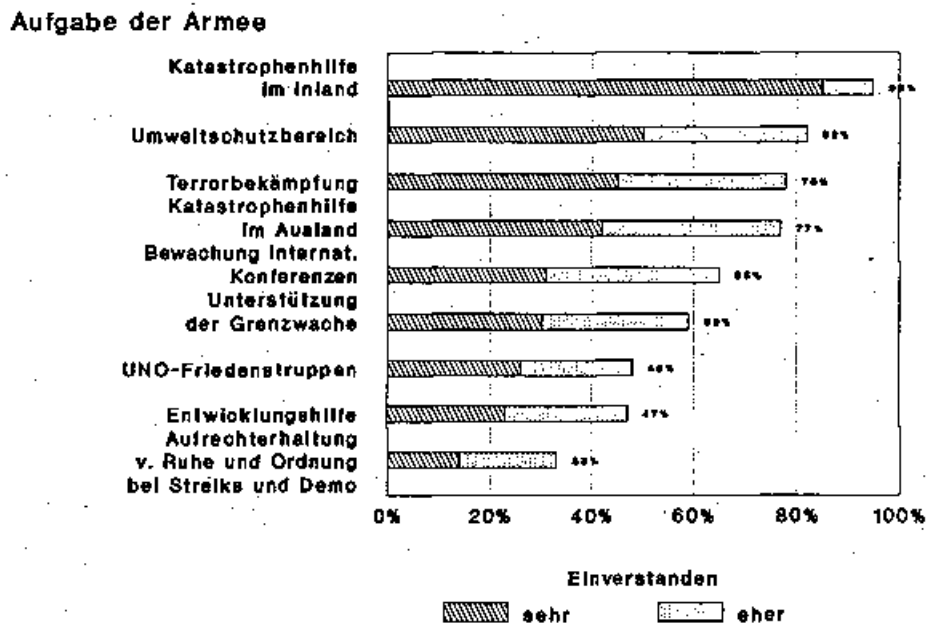
Frage: "Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden auf der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind."

Spaltenprozent ("sehr" und "eher einverstanden")	Total	Alter 20-29 jährige	Zufriedenheit mit der Reg.			Bildung			Werthaltungen		
			sehr/eher zufrieden	geht so/ unentsch.	eher/sehr unzufrieden	Primar-/ Sek.schule	Berufs- schule	Mittel-/ Hochschule	postmat. Werte	gemischte Werte	mat. Werte
Die Schweiz sollte...											
...die Armee verkleinern und die Dienstzeiten verkürzen	66	75	61	71	69	60	68	68	76	65	54
...die allg. Wehrpflicht beibe- halten, aber einen Zivildienst (frei Wahl, länger als MD) einführen	65	57	70	67	55	53	63	69	51	67	63
...ein gut ausgerüstete und aus- gebildete Armee unterhalten	52	32	66	51	31	67	61	44	25	57	77
...die allg. Wehrpflicht auf- heben und eine Freiwilligen- armee einführen	31	47	19	35	43	21	31	37	45	29	15
	(1005)	(415)	(332)	(245)	(200)	(197)	(520)	(285)	(258)	(548)	(196)

Überblickt man die Trends und Tendenzen in Abb. 25, so kann verallgemeinernd von einer steigenden Zustimmung zu einer stärkeren Öffnung und Aktivierung der Schweiz auf dem Feld internationaler Friedenssicherung gesprochen werden. Demgegenüber möchte man in der befragten Bevölkerung den Stellenwert des Militärs im Rahmen der schweizerischen Sicherheitspolitik verkleinern. Die Armee soll sich personell und materiell mit weniger als bisher zufrieden geben.

Die Neuwertung des Militärs in der Schweiz findet teilweise ihren Ausdruck auch in veränderten Zielsetzungen. Bekanntlich fügt der neue sicherheitspolitische Bericht B90 der traditionellen Verteidigungsaufgabe zwei neue hinzu: Beitragsleistung zur Friedenspolitik und Katastrophenhilfe. Diese Funktionsausweitung findet in der befragten Bevölkerung Unterstützung (Abb. 26).

Abb. 26: Welche Aufgaben sollte die Armee künftig vermehrt übernehmen?



N-1006, 1990/91

Hoch ist die Zustimmung zu einem vermehrten Einsatz der Armee bei der Katastrophenhilfe im Inland (95%), Aufgaben im Umweltschutzbereich (82%), der Terrorbekämpfung (78%), der Katastrophenhilfe im Ausland (77%) und Bewachungsaufgaben bei internationalen Konferenzen. Auch der teilweise heftig kritisierte mögliche Einsatz der Armee als Unterstützung der Grenzwahe erhält in der Bevölkerung mehrheitlich Zustimmung (59%). Geteilt sind die Meinungen beim Friedenseinsatz als UNO-Truppen - wobei hier im Vergleich zu früher ein Zustimmungsanstieg zu verzeichnen ist. Nur eine Minderheit teilt die Meinung, die Armee solle vermehrt für Entwicklungshilfeaufgaben eingesetzt werden. Mehrheitlich auf Ablehnung stösst ein möglicher Einsatz der Armee zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bei Streiks und Demonstrationen.

Gegenüber dem Bevölkerungsdurchschnitt sind auch hier teilweise beachtliche Abweichungen nach dem Alter, dem Grad an Regierungszufriedenheit, der Schulbildung und den Werthaltungen zu verzeichnen (Tab. 13):

- Jüngere Befragte und Postmaterialisten gehen auf grössere Distanz zu allen Armeeaufgaben als der Durchschnitt der Befragten mit zwei Ausnahmen: der Entwicklungshilfe und der Hilfe bei Grosskatastrophen als möglicher Armeeaufgabe.
- Einem inneren Ordnungseinsatz der Armee stehen Regierungszufriedene, untere Bildungsgruppen und Vertreter eher materialistischer Werte deutlich befürwortender gegenüber als jüngere Befragte, mit der Regierung Unzufriedene, höher Gebildete und Postmaterialisten. Gleiches gilt in noch stärkerem Mass für die Unterstützung der zivilen Grenzwehr bei grossen Flüchtlingsströmen.

Die befragte Bevölkerung steht der Multifunktionalisierung der Armee, d.h. der Tendenz, ihr über die Landesverteidigung hinaus weitere Aufgaben zuzuweisen, mehrheitlich positiv gegenüber.

Tab. 13:

Frage: "Heute wird darüber diskutiert, ob die Armee zusätzlich zu ihrem bisherigen Hauptauftrag, notfalls das Land zu verteidigen, weitere Aufgaben wahrnehmen sollte. Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aufgaben, wie sehr Sie damit einverstanden sind, dass die Armee sie künftig übernimmt."

Spaltenprozent	Total	Alter 20-29 jährige	Zufriedenheit mit der Reg.			Bildung			Werthaltungen		
			sehr/eher zufrieden	geht so/ unentsch.	eher/sehr unzufrieden	Primar-/ Sek.schule	Berufs- schule	Mittel-/ Hochschule	postmat. Werte	gemischte Werte	mat. Werte
Einsatz als Friedenstruppen der UNO	48	42	47	50	51	45	45	56	55	49	40
Hilfe bei Grosskatastrophen im Inland	95	98	98	91	93	95	96	95	92	96	97
Hilfe bei Grosskatastrophen- im Ausland	79	83	79	83	76	70	78	87	84	78	76
Einsatz der Armee zur Aufrecht- erhaltung von Ruhe und Ord.	33	21	43	33	18	46	36	21	14	34	58
Verhinderung von Terroranschlägen (Flugplätze!)	78	68	83	82	65	81	80	74	67	81	87
Bewachung von internationalen Konferenzen	65	50	71	69	49	68	63	64	59	63	76
Entwicklungshilfe	47	47	46	46	51	50	44	51	52	47	42
Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes	82	79	81	85	78	80	82	82	82	82	80
Unterstützung der zivilen Grenzwahe bei grossen Flüchtlingsströmen	59	44	68	64	38	70	63	46	37	62	77
	(1005)	(415)	(332)	(245)	(200)	(197)	(520)	(285)	(258)	(548)	(196)

10. Interesse an Sicherheitspolitik

Das Interesse der Schweizerinnen und Schweizer für sicherheitspolitische Themen ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Die erhöhte Aufmerksamkeit der 20-29jährigen für Aspekte der Gesamtverteidigung, die in der Nachanalyse der Abstimmung über die Abschaffung der Armee¹⁴ feststellbar war, ist inzwischen wieder abgeklungen.

Ältere Befragte interessieren sich stärker für Sicherheitspolitik als jüngere. Die Unterschiede im sicherheitspolitischen Interesse zwischen den Altersgruppen und den Geschlechtern werden tendenziell kleiner.

Ein besonderes grosses Interesse an Politik im allgemeinen und auch an sicherheitspolitischen Themen war während der Zeit des Golfkrieges feststellbar¹⁵.

So wenig wie das subjektive Interesse an Belangen der nationalen Sicherheit und der Gesamtverteidigung grösser geworden ist, so wenig haben auch die objektiven Kenntnisse zugenommen:

Wie schon 1983 und 1989 konnte lediglich ein Viertel der Befragten den Anteil der Rüstungsausgaben am Bundeshaushalt korrekt nennen (schätzen).

¹⁴ Haltiner 1990

¹⁵ Die Frage lautete: "Ganz allgemein gesprochen, wie stark interessieren Sie sich für Politik?"

Spaltenprozente	Periode	17.11.-	1.12.-	26.12.90-	18.1.91-
	Total	30.11.90	25.12.90	17.1.91	28.2.91
sehr stark	13	9	14	12	15
		36	49	43	55
recht stark	35	27	35	31	40
ein bisschen	43	52	43	46	39
		63	50	56	43
überhaupt nicht	8	11	7	10	4
w.n./k.A.	1	1	0	1	2
	(1005)	(142)	(261)	(194)	(321)

Tab. 14: Interesse an Gesamtverteidigung

Frage: "Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung beantwortet. Unter Gesamtverteidigung verstehe ich alle militärischen und zivilen Massnahmen zum Schutz und zur Sicherheit des Landes. Einmal abgesehen davon, ob Sie für oder gegen die Gesamtverteidigung eingestellt sind: Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit und der Gesamtverteidigung: sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?"

Spaltenprozent	Total			Alter									Geschlecht					
	Jahre			20-29jährige			30-39jährige			40-49jährige			Frauen			Männer		
	1983	1989	1991	1983	1989	1991	1983	1989	1991	1983	1989	1991	1983	1989	1991	1983	1989	1991
sehr stark	13	16	12	10	15	11	9	13	10	13	11	12	9	11	9	17	22	16
recht stark	33	35	38	25	38	32	32	29	37	39	34	41	27	31	34	39	39	42
ein bisschen	44	40	44	53	38	49	46	45	47	41	48	44	52	48	50	36	32	38
überhaupt nicht	10	9	6	12	9	9	13	13	7	7	7	4	12	10	7	8	7	4
	(1754)	(912)	(1005)	(341)	(235)	(194)	(384)	(220)	(186)	(325)	(149)	(188)	(872)	(443)	(507)	(884)	(469)	(473)

Quellen: Haltiner 1986; Haltiner 1990.

Das Ausmass der Verteidigungsausgaben wird wie schon früher eher überschätzt als unterschätzt.

Frauen, Befragte mit niedriger Schulbildung oder geringem politischem Interesse, sowie jüngere Schweizerinnen und Schweizer neigen am ehesten zur Überschätzung der Rüstungsausgaben, während vor allem Männer, Befragte mit Mittel- oder Hochschulbildung und Militärdienstleistende sie eher unterschätzen.

Tab. 15: Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt

Frage: "Können Sie mir sagen, wie gross der Prozentsatz der Ausgaben für die Gesamtverteidigung ist, gemessen an dem Geld, das der Bund in einem Jahr gesamthaft ausgibt? Ich habe hier auf der Liste sechs Antwortmöglichkeiten. Sagen Sie mir bitte, welche Ihrer Ansicht nach richtig ist."

Spaltenprozent	Total			Geschlecht			
	1983	Jahre		Frauen		Männer	
		1989	1991	1989	1991	1989	1991
rund 5%	4	7	4	4	2	10	7
rund 10%	14	16	19	12	16	21	23
rund 20%	25	24	25	22	20	25	31
rund 30%	21	21	20	24	18	19	21
rund 40%	11	12	9	12	13	11	4
rund 50%	5	7	5	9	7	5	3
w.n./k.A.	20	13	18	17	24	9	12
	(1784)	(943)	(1005)	(459)	(520)	(482)	(485)

Quellen: Haltiner 1986; Haltiner 1990

11. Die Kosten der Landesverteidigung

Die veränderten Bedrohungsperzeptionen, d.h. das erhöhte Gewicht, das nicht machtpolitisch bedingten Gefährdungen zugemessen wird, sowie die Neubewertung des Militärs in der Gesellschaft äussern sich auch in einer sinkenden Bereitschaft, einen wesentlichen Teil der Staatsmittel zur Abwehr einer als nicht akut erfahrenen Bedrohung einzusetzen. Vor dem Ausbruch des Golfkrieges stuften beispielsweise 74 Prozent der Befragten die Verteidigungsausgaben als zu hoch ein, nach dem 17. Januar 1991 waren es noch 63 Prozent.

Tab. 16: Beurteilung der Verteidigungsausgaben

Frage: "Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zuviel, zuviel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?"¹⁶

Spaltenprozent	Total				
	Jahre	1986	1988	1990	1991
viel zuviel, zuviel		54	62	71	70
gerade richtig		39	31	23	23
zu wenig, viel zu wenig		3	2	1	2
w.n./k.A.		4	5	5	5
		(686)	(676)	(666)	(1005)

Quelle: Riklin, Frei (1986); Riklin, Laggner (1988); Riklin, Hafen (1990)

Sieben von zehn Befragten sind 1990/91 der Meinung, dass die Rüstungsausgaben der Schweiz zu hoch seien (1986: 54%; 1988: 62%)¹⁷. Nur gerade 21 Befragte finden, dass das Budget für die Landesverteidigung zu knapp bemessen sei.

Vor allem jüngere Schweizerinnen und Schweizer, Befragte mit hohem Bildungsniveau, Postmaterialisten und mit der Regierung Unzufriedene möchten die Armee knapper halten. Eher überraschend ist, dass sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden wie auch die Beurteilung der künftigen Weltlage keinen signifikanten Einfluss auf die Beurteilung der Verteidigungsausgaben ausüben.

Der tatsächliche Anteil der Rüstungsausgaben am Staatshaushalt wird von denjenigen, die der Meinung sind, dass für die Armee zuviel ausgegeben werde, eher überschätzt, von den wenigen, die das Verteidigungsbudget als zu niedrig empfinden, mehrheitlich unterschätzt (Tab. 17).

¹⁶ In welchem Masse in den achtziger Jahren ein Meinungsumschwung bezüglich der Einschätzung der Aufwendungen für die Armee stattgefunden hat, zeigt ein Vergleich mit 1983.

"Wenn Sie die Ausgaben für die Gesamtverteidigung festsetzen könnten, würden Sie diese erhöhen, so belassen wie sie heute sind, sie senken oder ganz aufheben?"

Spaltenprozent	Total		
	Jahre	1983	1991
erhöhen		7	2
so belassen, wie sie heute sind		60	27
senken		27	55
ganz aufheben		3	14
weiss nicht, keine Antwort		3	3

Quelle: Haltiner (1986)

¹⁷ Eine rasch sinkende Akzeptanz der Verteidigungsausgaben lässt sich in den 80er Jahren auch in anderen westeuropäischen Ländern beobachten. In der BRD wollten 1988 51 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Rüstungsausgaben vermindern (1985: 36%). Vgl. Eichenberg (1989), 159-196.

Tab. 17:

Spaltenprozent	Einschätzung der Verteidigungsausgaben:			
	Total	zuviel	gerade richtig	zu wenig
Wissensfrage:				
Anteil unterschätzt	30	23	25	57
Anteil richtig	31	25	30	29
Anteil überschätzt	28	36	27	14
w.n./k.A.	12	16	18	0
	(1005)	(706)	(226)	(21)

Dieser Zusammenhang gilt allerdings nur ex-ante, wenn der korrekte Budgetanteil den Befragten noch nicht bekannt ist. Werden die Befragten anschliessend noch einmal in einer leicht veränderten Form nach ihrer Einschätzung der Verteidigungsausgaben gefragt, so sprechen sich noch 69 Prozent für eine Senkung, 27 Prozent für eine Beibehaltung und 2 Prozent für eine Erhöhung der Ausgaben aus.

12. Die Schweiz im internationalen Umfeld

12.1. Allein oder gemeinsam mit anderen? Isolationistische und kooperative Einstellungen

Angesichts der Anstrengungen der Europäischen Gemeinschaft zur Verwirklichung eines gemeinsamen Marktes, die im Endausbau auch zu einer politischen Union führen sollen, stellt sich die Frage immer dringlicher, ob die Schweiz weiterhin abseits zu stehen gedenkt oder eine stärkere Verbindung suchen will.

Auf einer sehr allgemeinen Ebene sind sich die Schweizerinnen und Schweizer in diesem Punkt ziemlich einig. 70 Prozent der Befragten glauben, dass in Zukunft eine stärkere Verbindung mit anderen Ländern nötig sein wird, während nur knapp ein Viertel die Probleme der Zukunft eher allein anpacken möchte¹⁸. Überdurchschnittlich häufig wird eine starke Anlehnung ans Ausland von Männern, jüngeren Befragten, höher Gebildeten, Westschweizern und Postmaterialisten befürwortet.

¹⁸ Die Frage lautete: "Glauben Sie, dass die Schweiz in Zukunft gut fahren wird mit ihrer bisherigen Politik, ausgerichtet auf nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit? Oder meinen Sie, dass sie sich in Zukunft stärker mit anderen Ländern verbinden sollte?"

In welchen Bereichen glaubt man konkret die Zusammenarbeit intensivieren zu müssen?¹⁹
Tab. 18 fasst die Ergebnisse zu dieser Frage zusammen:

An der Spitze der Anliegen, für die man einen Zwang zur Zusammenarbeit mit dem Ausland sieht, steht der Natur- und Umweltschutz. Die militärische Landesverteidigung bildet demgegenüber dasjenige Problem, von dem man annimmt, dass man es weiterhin allein bewältigen kann. Auch das Drogenproblem, die Sicherung der Energieversorgung, Hilfe an Entwicklungsländer und Flüchtlingsprobleme sind nach Ansicht von drei von vier Schweizern nur gemeinsam mit anderen Ländern lösbar. In wirtschaftlichen Fragen glaubt auch weiterhin mit einer gewissen Autonomie rechnen zu können.

Die vorliegenden Resultate stimmen weitgehend mit in anderen Umfragen ermittelten Werten überein.²⁰

¹⁹ Die Frage lautete: "Hier sind einige Anliegen und Probleme, mit denen sich unser Land befassen muss. Kann die Schweiz diese Probleme in Zukunft noch selber lösen oder werden wir gezwungen sein, hier mit anderen Ländern stärker als bisher zusammenzuarbeiten?"

²⁰ Zum Vergleich seien hier einige Daten aus den UniVox-Umfragen 1986-1990 zum Thema IVd "Welt angeführt" (etwas andere Fragestellung):

Bereiche erwünschter Zusammenarbeit (geordnet nach dem Prozentsatz "eher zusammen mit anderen Ländern")

	1990	Mittelwert der Jahre 1986, 1988, 1989
Natur- und Umweltschutz	86 %	86 %
Energieversorgung	73 %	71 %
Hilfe an Entwicklungsländer	73 %	73 %
Erschliessung neuer Absatzmärkte	69 %	62 %
Entwicklung neuer Produkte für unsere Industrie	59 %	52 %
Förderung von Kultur (Musik, Literatur, Film Theater)	56 %	56 %
Massnahmen gegen die Teuerung	52 %	57 %
Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit	42 %	46 %
Militärische Landesverteidigung	23 %	16 %

Vgl. Buri (1991b)

Tab. 18: Sachbereiche internationaler Zusammenarbeit

Frage: "Hier sind einige Anliegen und Probleme, mit denen sich unser Land befassen muss. Kann die Schweiz diese Probleme in Zukunft noch selber lösen oder werden wir gezwungen sein, hier mit anderen Ländern stärker als bisher zusammenzuarbeiten?"

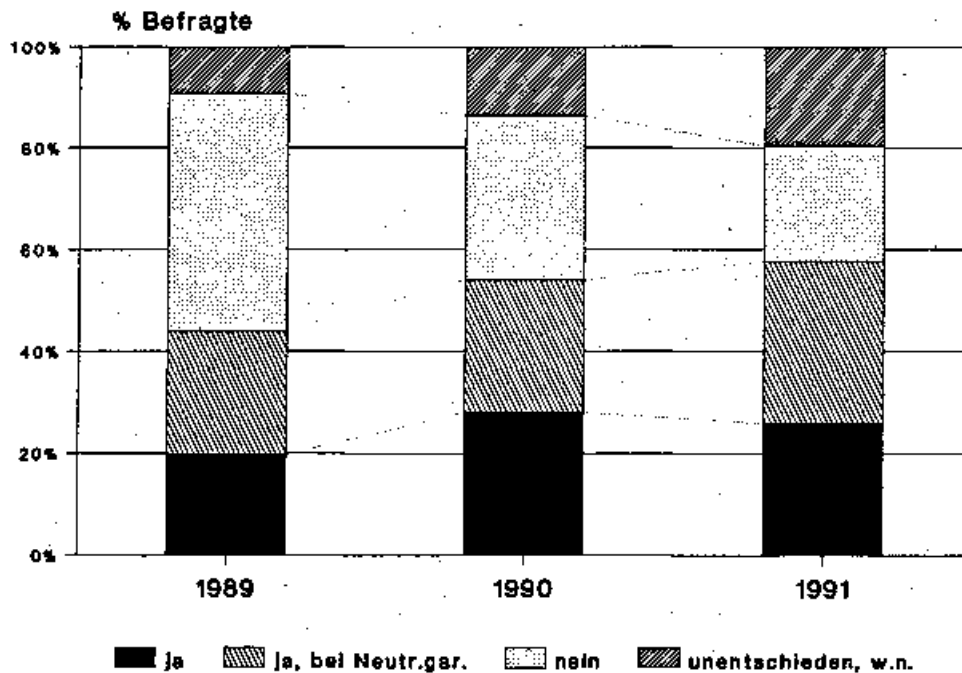
	stärker zusammen- arbeiten	selber lösen	braucht gar keine Anstrengungen
	%	%	%
Natur- und Umweltschutz	87	13	0
Energieversorgung	78	20	1
Drogenproblem	78	20	1
Hilfe an Entwicklungsländer	72	21	4
Flüchtlingsprobleme	70	26	1
Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstandes-	52	38	5
Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit	34	59	4
Militärische Verteidigung	23	58	14

12.2. Einstellungen zum einem Beitritt zur EG

Wer sich heute mit den Aussenbeziehungen der Schweiz befasst, kann die Frage eines allfälligen EG-Beitrittes nicht übergehen. Österreich, ein anderes neutrales Land, hat bereits ein Beitrittsgesuch bei der EG-Kommission deponiert und andere EFTA-Mitglieder denken offen über einen solchen Schritt nach.

Die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zur Beitrittsfrage sind in Bewegung. Abb. 27 gibt Auskunft über aktuelle Tendenzen des Meinungsbildes (unter Einbezug von UniVox-Daten).

Abb. 27: Einstellungen zu einem Beitritt der Schweiz zur EG - Trend 1989-1991



Grundsätzlich kann man festhalten, dass das Lager der 'harten' EG-Befürworter ziemlich stabil ist. Waren es vor einem halben Jahr noch 28 Prozent, die einen EG-Beitritt ohne Bedingungen befürworteten, sind es heute 26 Prozent der Befragten. Gleichzeitig ist jedoch der Anteil derjenigen, die einem EG-Beitritt bei gleichzeitigem Festhalten an der schweizerischen Neutralität zustimmen würden ('weiche' EG-Befürworter), von 26 Prozent auf 32 Prozent angestiegen²¹. Auf jeden Fall Nein stimmen wollten 1990 23 Prozent (1989: 32 Prozent). Mehr als zwei Drittel derjenigen, die sich eine Meinung bilden konnten, würden also einem Beitritt bedingt zustimmen.

Diese Verschiebungen entsprechen den in den letzten zwei Jahren beobachteten Trends²².

Die Zahl der Befragten, die sich nicht entscheiden konnten oder wollten, ist in den letzten sechs Monaten leicht gestiegen (von 14% auf 20%). Dies mag auf eine wachsende Verunsicherung in bezug auf die Konsequenzen eines Beitritts zurückzuführen sein.

²¹ Die Einstellung zum EG-Beitritt wurde mit einer einfachen Sonntagsfrage unter direktem Einschluss der Neutralitätsproblematik erfasst:

"Wenn Sie in den nächsten Tagen über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) abstimmen müssten, wie würden Sie sich entscheiden? Würden Sie auf jeden Fall ja stimmen, würden Sie ja stimmen, wenn die Schweiz vorher von der EG Garantien für ihre Neutralität erhalten hätte, oder würden Sie nein stimmen?"

- würde auf jeden Fall ja stimmen
- würde ja stimmen, wenn die Schweiz vorher von der EG Garantien für ihre Neutralität erhalten hätte
- würde nein stimmen
- weiss nicht/keine Antwort

²² Zur Entwicklung der schweizerischen Einstellungen zur EG vgl.: Ruffieux, Thürler Müller (1989); Linder, Longchamp (1990); Buri (1991b)

13. Zusammenfassung

1. Ist unspezifisch von "Sicherheit" die Rede, so denken die Durchschnittsschweizer(innen) primär an ihre engere Umgebung, d.h. an die persönlichen bzw. familiären Sicherheitsbedürfnisse, die den Lebensalltag bestimmen und erst in zweiter Linie an solche, die das politische Kollektiv, die Gesellschaft und den Staat betreffen.
2. Mit "staatlicher Sicherheit" werden in erster Linie die klassischen Ordnungsinstrumente des Staates, Armee und Polizei, assoziiert.
3. Bei freien Spontanassoziationen zum unspezifischen Begriff "Bedrohung" werden primär die Umweltzerstörung, die Kriegsgefahr (Golfkrieg!) und die Ausländerimmigration vor anderen Bedrohungsformen genannt.
4. Die Rangfolge der Bedrohungen (nach ihrer Wichtigkeit für die Befragten) ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Mit Ausnahme der Tatsache, dass Frauen und Personen, die sich ganz allgemein eher unsicher fühlen, sämtliche Risiken als bedrohlicher wahrnehmen als Männer und Personen, die sich ganz allgemein eher sicher wähnen, lassen sich keine stabilen Zuordnungen von sozio-demographischen Merkmalen zu bestimmten Bedrohungsformen ausmachen.
5. Für die Zukunft rechnen die meisten Befragten mit einer Akzentuierung heute aktueller Bedrohungen. Dabei wird in der Bevölkerung zwischen beherrschbaren Bedrohungen (Drogen, Kriminalität u.ä.) und solchen, denen gegenüber man sich hilflos wähnt (insbesondere natur- und technikbedingte), differenziert. Namentlich die staatliche Drogen- und Überfremdungspolitik erhalten dabei keine guten Noten. Einzig bei der Kriegsgefahr in Europa rechnet man mit einer Verminderung bis zum Jahre 2000. Man glaubt zudem, die Regierung unternähme heute zuviel gegen diese abnehmende Gefahr.
6. Unter dem Begriff Sicherheitspolitik werden von den meisten Befragten somit alle möglichen Ereignisse und Entwicklungen summiert, die in irgendeiner Form die persönliche Sicherheit oder die des Staates gefährden könnten, insbesondere jene, die bisher klassisch der Sicherheitspolitik zugerechnet wurden.
7. Im Trend nimmt die Zustimmung zur Armee derzeit ab. Der Golfkrieg vermochte diese Entwicklung insgesamt nur vorübergehend zu bremsen. Die Wehrbereitschaft liegt höher als die Zustimmung zur Armee.
8. Es besteht ein Zusammenhang zwischen der äusseren, insbesondere der militärischen Bedrohungswahrnehmung und der Akzeptanz der militärischen Landesverteidigung. Der äusseren Bedrohung kommt indessen nicht in jedem Zeitpunkt das gleiche Gewicht für die Einschätzung der Notwendigkeit der Armee zu.
9. Die Glaubwürdigkeit der militärischen Landesverteidigung ist bei einem ernst zunehmenden Bevölkerungsteil erschüttert - trotz unbestrittener Verteidigungswürdigkeit der Schweiz. Das Glaubwürdigkeitsdefizit ist im Zeitverlauf grösser geworden. Es

äussert sich - vor dem Hintergrund einer abnehmenden äusseren Bedrohung und einer wertwandelsbedingten Abwertung des Militärischen - vermehrt in Fragen nach dem Sinn diesbezüglicher Aufwendungen (Verteidigungsausgaben) und in Kritik an der heutigen Armee.

10. Die auch vom neuen sicherheitspolitischen Bericht gestützte Aktivierung der Schweiz auf dem Feld internationaler Friedenssicherung und die de facto verfolgte vorsichtige Öffnung einem vereinten Europa gegenüber werden in der Bevölkerung mehrheitlich begrüsst. Demgegenüber möchte man den Stellenwert des Militärs im Rahmen der schweizerischen Sicherheitspolitik verkleinern. Die Armee soll sich personell und finanziell mit weniger als bisher zufrieden geben und gegebenenfalls bereit sein, über die militärische Verteidigung hinaus weitere Aufgaben zu übernehmen.

14. Bibliographie

- Beck Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt.
- Bornschiefer Volker (1988): Westliche Gesellschaft im Wandel. Frankfurt a.M./New York.
- Buri Christof (1988): "Postindustrialistische" Werthaltungen und Einstellungen zur Aussenpolitik. Zürich: FPW (Kleine Studien zur Politischen Wissenschaft).
- Buri Christof (1989): Bericht zur qualitativen Pilotphase des Projektes "Sicherheit". Zürich: mimeo.
- Buri Christof, Schneider Gerald (1990): "Die 'Risikogesellschaft' zwischen innerer Polarisierung und äusserer Entspannung. Erscheinungsformen und Konsequenzen des Wertwandels in der Sicherheitspolitik. In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, No. 30. Bern/Stuttgart: Haupt.
- Buri Christof (1991b): Perspektiven zur Welt. UniVox-Jahresbericht IVd. Zürich: GfS, FPW.
- Eichenberg Richard C. (1989): Public Opinion and National Security in Western Europe. Consensus Lost? London.
- Falk Richard (1987): The Promise of World Order. London: Wheatsheaf Books.
- Frei Daniel (1977): Sicherheit. Grundfragen der Weltpolitik. Stuttgart: Kohlhammer.
- Frei Daniel (1989): "Globale Sicherheit und individuelle Ohnmacht". In: Tschirky Hugo, Suter Andreas (Hrsg.): Wieviel Sicherheit braucht der Mensch. Zürich.
- Giller Joachim, Danzmayr Heinz, Rumerskirch Udo (Hrsg.) (1990): Sicherheitspolitik und Bedrohungsbewusstsein. Überarbeitete und ergänzte Vorträge eines Seminars in Velm/A vom 5.-7.10.1989. Wien: mimeo.
- Haltiner Karl W. (1985): Milizarmee - Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Eine soziologische Untersuchung über die Auswirkungen des Wertwandels auf das Verhältnis Gesellschaft-Armee in der Schweiz. Frauenfeld.
- Haltiner Karl W. (1986): Der Bürger und seine Verteidigung. Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz. Auswertung einer Repräsentativbefragung. Bern: Arbeitsberichte aus dem Institut für Soziologie der Universität Bern.
- Haltiner Karl W. (1990): Nachbefragung zur Initiative "Schweiz ohne Armee". Bern: Stab der Gruppe für Ausbildung, EMD.

- Hürlimann Jacques, Spillmann Kurt (1991): Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Experteninnen und Experten. Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dezember 1990. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 15. Zürich: FSK - ETHZ.
- Inglehart Ronald (1989): Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt/New York: Campus.
- Linder Wolf, Longchamp Claude (1990): Die europäische Integrationspolitik in der direkten Demokratie. UniVox-Jahresbericht IIb. Zürich/Bern: GfS, FSP.
- Longchamp Claude (1990): Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 1989. Vox-Analyse Nr. 38,. Bern: FSP und GfS.
- Riklin Alois, Frei Christoph (1986): Bericht zum UniVox-Thema IV b "Verteidigung". Zürich/St. Gallen: GfS, IPW.
- Riklin Alois, Laggner Benno (1988): Bericht zum UniVox-Thema IV b "Verteidigung". Zürich/St. Gallen: GfS, IPW.
- Riklin Alois, Hafen Thomas (1990): Bericht zum UniVox-Thema IV b "Verteidigung". Zürich/St. Gallen: GfS, IPW.
- Ruffieux Roland, Thürler Müller Anne-Lise (1989): "L'opinion publique face à l'intégration européenne: que disent et ne disent pas les sondages?". In: Ruffieux R., Schachtschneider, Morier-Genoud A. (Hrsg.) (1989): La Suisse et son avenir européen. Lausanne. S. 237-247.

Anhang I: Beschreibung der Stichprobe

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Abweichungen innerhalb der Stichprobe von den Quotenvorgaben bezüglich der wichtigsten sozio-demographischen Merkmale.

Tab. 19: Quotenvorgaben und Stichprobenbeschreibung

Altersgruppe	Männer		Frauen	
	Quotenvorgabe	Stichprobe	Quotenvorgabe	Stichprobe
16-19 Jahre	3.6%	4.1%	3.4%	2.7%
20-29 Jahre	10.7%	10.6%	10.2%	9.3%
30-39 Jahre	10.1%	8.9%	9.6%	10.0%
40-49 Jahre	9.3%	8.1%	8.9%	10.7%
50-59 Jahre	7.1%	6.6%	7.3%	7.7%
60-69 Jahre	5.3%	5.7%	6.3%	6.6%
70 Jahre +	3.4%	4.4%	4.9%	4.8%
Total	49.4%	48.3%	50.6%	51.7%

Region	Quotenvorgabe	Stichprobe
Suisse Romande	24.1%	22.5%
Alpen und Voralpen	23.9%	27.7%
West-Mittelland	23.7%	23.5%
Ost-Mittelland	28.3%	26.3%

Anhang II: Fragebogen

Guten Tag Herr/Frau

Mein Name ist von der Befragungsorganisation I&E in Zürich. Ich möchte mich zunächst noch einmal ganz herzlich bedanken, dass Sie sich für dieses Interview zum Thema "Sicherheit" spontan zur Verfügung gestellt haben.

Wenn es Ihnen recht ist, beginnen wir gleich mit der ersten Frage:

1. Spontane Assoziationen zum Begriff "Sicherheit"

1.1 Woran denken Sie beim Begriff "Sicherheit". Können Sie mir spontan einige Stichwörter nennen?

INT: Spontan antworten lassen und wenn nötig nachfragen. Pausen ertragen! Antworten stichwortartig notieren!

.....	<input type="text"/>	7-8
.....	<input type="text"/>	9-10
.....	<input type="text"/>	11-12
.....	<input type="text"/>	13-14
.....	<input type="text"/>	15-16

1.2 Wie ist denn das für unsere Gesellschaft, unseren Staat als Ganzes? Was bedeutet hier für Sie "Sicherheit"? Können Sie mir wiederum einige Stichwörter nennen?

INT: Spontan antworten lassen und wenn nötig nachfragen. Pausen ertragen! Antworten stichwortartig notieren!

.....	<input type="text"/>	17-18
.....	<input type="text"/>	19-20
.....	<input type="text"/>	21-22
.....	<input type="text"/>	23-24
.....	<input type="text"/>	25-26

2. Wahrgenommene Bedrohungen

2.1 Wenn Sie an die Zukunft der Schweiz denken: Welche möglichen Ereignisse und Entwicklungen könnten die Sicherheit oder vielleicht sogar die Existenz unserer Gesellschaft oder unseres Staates gefährden?

INT: Spontan antworten lassen und wenn nötig nachfragen. Pausen ertragen! Antworten stichwortartig notieren!

.....	<input type="checkbox"/>	27-28
.....	<input type="checkbox"/>	29-30
.....	<input type="checkbox"/>	31-32
.....	<input type="checkbox"/>	33-34
.....	<input type="checkbox"/>	35-36

3. Zukunftsaussichten

3.1 Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder eher düsterer und gespannter wird?

INT: Liste 3.1 vorlegen!

- eher besser und entspannter.....	<input type="checkbox"/>	1
- bleibt etwa so wie heute.....	<input type="checkbox"/>	2
- eher düsterer und gespannter.....	<input type="checkbox"/>	3
- weiss nicht/keine Antwort.....	<input type="checkbox"/>	9

4. Bedrohungen und staatliche Gegenmassnahmen

4.1 Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes Problem auf dieser Liste mit Hilfe des Thermometers an, welche Probleme und Ereignisse Sie heute als eine grosse, eine kleine oder als gar keine Bedrohung für unsere Gesellschaft als Ganzes ansehen. 0 bedeutet, dass dieses Problem oder Ereignis für unsere Gesellschaft und unseren Staat heute keine Bedrohung darstellt, 5 bedeutet, dass Sie es heute als grosse Bedrohung einschätzen.

INT: Zeigekarte 4.1 und Liste 4.1 vorlegen: vom Befragten die Probleme auf Liste 4.1 einstufen lassen: 0 = "keine Bedrohung", (1 = "sehr kleine Bedrohung", 2 = "kleine Bedrohung", 3 = "eher grosse Bedrohung", 4 = "grosse Bedrohung",) 5 = "sehr grosse Bedrohung". Falls nötig, Frage wiederholen. Die Antworten in Beiblatt 1 eintragen.

4.2 Denken Sie jetzt ans Jahr 2000. Welches dieser Probleme wird bis dann Ihrer Ansicht nach an Bedeutung noch zunehmen, welches wird an Bedeutung verlieren. 0 bedeutet, dass uns das Probleme keine Sorgen mehr machen wird, 5 bedeutet, dass das Problem sich sehr stark verschärfen wird.

INT: Zeigekarte 4.2 vorlegen. Zu allen Problemen und Ereignissen auf Liste 4.1 nachfragen. Die Antworten in Beiblatt 1 eintragen.

4.3 Wenn Sie jetzt wieder an die gezeigten Probleme denken, was meinen Sie? Tut die Regierung in Bern heute eher zuviel, das Richtige, eher zuwenig oder das Falsche um diese Probleme zu bewältigen? Oder sind Sie der Meinung, dass man dagegen gar nichts machen kann?

INT: Zeigekarte 4.3 vorlegen. Zu allen Problemen und Ereignissen auf Liste 4.1 nachfragen. Die Antworten in Beiblatt 1 eintragen.

Liste 4-1

- A Drogenproblem
- B Wirtschaftskrise
- C Konflikte mit Atomwaffen
- D Naturkatastrophen (z.B. Überschwemmungen)
- E Innere Unruhen (z.B. Demonstrationen, Krawalle)
- F Terrorismus, Geiselnahme und Erpressung
- G Weltweite Überbevölkerung
- H Umweltzerstörung (z.B. Klimaveränderung)
- I Kriminalität
- K Überalterung der Schweiz
- L Zunehmende Verarmung der Dritten Welt
- M Kriegerische Konflikte mit konventionellen Waffen
(in Europa)
- N Weltweite Verknappung der Rohstoffe
- O Technische Katastrophen (z.B. Chemie-/Atomunfälle)
- P Politische Radikalisierung durch Extremisten
- Q Überfremdung der Schweiz (z.B. Asylanten, Einwanderung)
- R Die Europäische Gemeinschaft (EG)
- S Möglichkeit, durch Konflikte zwischen 3. Welt-Staaten
in einen Krieg einbezogen zu werden

5. Staatlicher Handlungsspielraum / Schweiz-Europa

5.1 In unserem persönlichen Leben können wir nicht immer ganz frei entscheiden, ähnlich ist es auch für die Schweiz als Staat. Oft erwartet man im Ausland von der Schweiz bestimmte Entscheidungen. Wir haben zu diesem Thema einige Meinungen zusammengestellt, wie man Sie manchmal hören kann. Können Sie mir sagen, ob Sie mit diesen Äusserungen 'sehr einverstanden', 'eher einverstanden', 'eher nicht einverstanden' oder 'gar nicht einverstanden sind'?

INT: Die Zeigekarten 5A, 5B, 5C und 5D nacheinander dem Befragten vorlegen.

	mehr	eher	eher nicht	gar nicht	w.n./	Karte 3
	1	2	3	4	k.A.	
	einverstanden					
A "Weil unsere Abhängigkeit vom Ausland wächst (wirtschaftlich, verkehrsmässig, kulturell), werden uns unsere Entscheidungen in Zukunft immer mehr vom Ausland diktiert werden."	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	2
B "Die wichtigen Entscheidungen, die unser Land betreffen, können wir auch in Zukunft selber treffen, auch wenn das Ausland versuchen wird, unsere Entscheidungen zu beeinflussen."	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	3
C "Was die Innenpolitik betrifft, können wir auch weiterhin einen grossen Teil selber gestalten. Was aber die Aussenpolitik angeht, werden wir mit Europa zusammenarbeiten müssen."	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	4
D "Um die Unabhängigkeit zu wahren, werden wir zwar gewisse Konzessionen machen müssen, aber die meisten Entscheidungen, die unser Land betreffen, werden wir weiterhin selber treffen können."	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	5

5.2 Glauben Sie, dass die Schweiz in Zukunft gut fahren wird mit ihrer bisherigen Politik, ausgerichtet auf nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit? Oder meinen Sie, dass sie sich in Zukunft stärker mit anderen Ländern verbinden sollte?

INT: Liste 5.2 vorlegen!

- fährt auch in Zukunft gut.....	<input type="checkbox"/>	1	6
allein			
- stärkere Verbindung mit.....	<input type="checkbox"/>	2	
anderen Ländern nötig			
- weiss nicht/keine Antwort.....	<input type="checkbox"/>	9	

5.3 Hier sind einige Anliegen und Probleme, mit denen sich unser Land befassen muss. Kann die Schweiz diese Probleme in Zukunft noch selber lösen oder werden wir gezwungen sein hier mit anderen Ländern stärker als bisher zusammenzuarbeiten?

INT: Liste 5.3 vorlegen!

	selber lösen	stärker zusammen- arbeiten	braucht gar keine Anstrengungen	k.M./w.z.	
A Natur- und Umweltschutz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 9	9
B Drogenproblem	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 9	10
C Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 9	11
D Energieversorgung, insbesondere Strom- und Oelversorgung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 9	12
E militärische Verteidigung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 9	13
F Hilfe an Entwicklungsländer	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 9	14
G Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstandes	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 9	15
H Flüchtlingsprobleme	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 9	16

5.4 Wenn Sie in den nächsten Tagen über einen Beitritt der Schweiz zur EG abstimmen müssten, wie würden Sie sich entscheiden?

INT: Liste 5.4 vorlegen!

- Ich würde ja stimmen..... 1
- Ich würde ja stimmen, wenn die EG unsere Neutralität garantieren würde 2
- Ich würde nein stimmen..... 3
- Ich kann mich nicht entscheiden 4
- keine Antwort..... 9

6. Sicherheitspolitik

6.1 Können Sie mir zu jedem der Begriffe auf dieser Liste sagen, ob dieser Begriff Ihrer Ansicht nach mit Sicherheitspolitik zu tun hat oder nicht?

INT: Liste 6.1 vorlegen!

hat mit Sicherheitspolitik

...zu tun ...nicht zu tun w.n./k.A.

	1	2	9	
- Entwicklung hin zu einem vereinten Europa	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	18
- Abrüstungsverhandlungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	19
- Entwicklungshilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	20
- Flüchtlingsströme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	21
- Zivilschutz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	22
- Luftverschmutzung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	23
- Tempolimiten auf Schweizer Strassen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	24
- Militärische Landesverteidigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	25
- Gleichberechtigung von Mann und Frau	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	26
- Drogenproblem	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	27
- Wirtschaftliche Landesversorgung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	28
- Entw. neuer Produkte für unsere Industrie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	29
- Bekämpfung des Terrorismus	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	30
- Langfristige Klimaveränderungen (Treibhauseffekt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	31
- Pflege unseres kulturellen Erbes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	32
- Staatsschutz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	33
- Energieversorgung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	34
- Waffenproduktion/Waffenhandel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	35

6.2 Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden auf der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

INT: Liste 6.2 vorlegen!

Die Schweiz sollte...	sehr	eher	eher nicht	gar nicht	w.n./ k.A.	
			einverstanden			
A ...mehr in Konflikten vermitteln	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9	36
B ...mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9	37
C ...mehr Entwicklungshilfe leisten	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9	38
D ...ihre Neutralität beibehalten	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9	39
E ...der UNO beitreten	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9	40
F ...sich mehr als bisher der EG politisch annähern	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9	41
G ...eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9	42
H ...die Armee verkleinern und die Dienstzeit der Wehrmänner verkürzen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9	43
I ...die allgemeine Wehrpflicht beibehalten, aber auf der Basis der freien Wahl einen Zivildienst einführen, der länger dauert als der Militärdienst	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9	44
K ...die allgemeine Wehrpflicht aufheben und eine Freiwilligenarmee einführen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9	45

7. Verteidigungsbereitschaft/-fähigkeit/-würdigkeit

INT: Liste 7.1 - 7.3 vorlegen!

7.1 Zwei Personen diskutieren:

A sagt:

"Es ist unverantwortlich, wenn man heute in gewissen Kreisen die Verteidigungsanstrengungen der Schweiz in Frage stellt."

B sagt:

"In der Schweiz sollte man mehr Verständnis aufbringen für Leute, die zwar unsere Verteidigungsanstrengungen in Frage stellen, sich aber doch ernsthaft um den Frieden bemühen."

- ...stimme A völlig zu..... 1
- ...stimme A eher zu..... 2
- ...stimme B eher zu..... 3
- ...stimme B völlig zu..... 4
- ich kann weder A noch B zustimmen..... 5
- weiss nicht/keine Antwort..... 9

46

7.2 Zwei Personen diskutieren:

A sagt:

"Wir sind zwar nur ein kleines Land, aber unsere Verteidigungsanstrengungen sind wirkungsvoll."

B sagt:

"Ich zweifle am Sinn unserer Verteidigungsanstrengungen, denn was kann ein Kleinstaat heutzutage in einem Krieg schon ausrichten?"

- ...stimme A völlig zu..... 1
- ...stimme A eher zu..... 2
- ...stimme B eher zu..... 3
- ...stimme B völlig zu..... 4
- ich kann weder A noch B zustimmen..... 5
- weiss nicht/keine Antwort..... 9

47

7.3 Zwei Personen diskutieren:

A sagt:

"Landesverteidigung ist eine nationale Aufgabe, die jede und jeden von uns angeht."

B sagt:

"Landesverteidigung mag eine notwendige Sache sein, aber ich will persönlich damit möglichst wenig zu tun haben."

- ...stimme A völlig zu..... 1
- ...stimme A eher zu..... 2
- ...stimme B eher zu..... 3
- ...stimme B völlig zu..... 4
- ich kann weder A noch B zustimmen..... 5
- weiss nicht/keine Antwort..... 9

48

7.4 Wie würden Sie sich bei einem bewaffneten Angriff auf die Schweiz verhalten? Würden Sie mit der Waffe kämpfen, würden Sie, wenn Sie nicht ausgebildet sind, irgendwie kämpfen und sich wehren oder würden Sie beides ablehnen?

- mit der Waffe kämpfen..... 1
- irgendwie kämpfen und sich wehren..... 2
- lehne beides ab..... 3
- weiss nicht/keine Antwort..... 9

49

7.5 Was meinen Sie zur Schweizer Armee? Halten Sie diese in der heutigen Zeit für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig, überhaupt nicht notwendig?

- unbedingt notwendig..... 1
- eher notwendig..... 2
- eher nicht notwendig..... 3
- überhaupt nicht notwendig..... 4
- weiss nicht/keine Antwort..... 9

50

7.6 Heute wird darüber diskutiert, ob die Armee zusätzlich zu ihrem bisherigen Hauptauftrag, notfalls das Land zu verteidigen, weitere Aufgaben wahrnehmen sollte. Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aufgaben, wie sehr Sie damit einverstanden sind, dass die Armee sie künftig übernimmt.

INT: Liste 7.6 vorlegen!

	sehr einverstanden	1	2	3	4	9	w.n./ i.A.				
A Einsatz als Friedenstruppen der UNO	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	9	51
B Hilfe bei Grosskatastrophen im Inland	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	9	52
C Hilfe bei Grosskatastrophen im Ausland	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	9	53
D Einsatz der Armee zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung bei Streiks und Demonstrationen	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	9	54
E Verhinderung von Terroranschlägen (Flugplätze!)	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	9	55
F Bewachung von internationalen Konferenzen	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	9	56
G Entwicklungshilfe	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	9	57
H Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	9	58
I Unterstützung der zivilen Grenzwa- che bei grossen Flüchtlingsströmen	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	9	59

8. Verteidigungsausgaben

8.1 Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zuviel, zuviel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

- viel zuviel 1
- zuviel..... 2
- gerade richtig 3
- zu wenig 4
- viel zu wenig..... 5
- weiss nicht/keine Antwort..... 9

8.2 Können Sie mir sagen, wie gross der Prozentanteil der Ausgaben für die Gesamtverteidigung ist, gemessen am Geld, das der Bund in einem Jahr gesamthaft ausgibt? Ich habe hier auf der Liste sechs Antwortmöglichkeiten. Sagen Sie mir bitte, welche Ihrer Ansicht nach richtig ist.

INT: Liste 8.2 vorlegen!

- | | | |
|----------------------------------|--------------------------|---|
| - rund 5% | <input type="checkbox"/> | 1 |
| - rund 10% | <input type="checkbox"/> | 2 |
| - rund 20% | <input type="checkbox"/> | 3 |
| - rund 30% | <input type="checkbox"/> | 4 |
| - rund 40% | <input type="checkbox"/> | 5 |
| - rund 50% | <input type="checkbox"/> | 6 |
| - weiss nicht/keine Antwort..... | <input type="checkbox"/> | 9 |

61

8.3 Tatsächlich beträgt der Anteil für die Gesamtverteidigung rund 20% der Bundesausgaben. Wenn Sie die Ausgaben für die Gesamtverteidigung festsetzen könnten, würden Sie diese erhöhen, so belassen wie sie heute sind, sie senken oder ganz aufheben?

INT: Liste 8.3 vorlegen!

- | | | |
|--|--------------------------|---|
| - erhöhen | <input type="checkbox"/> | 1 |
| - so belassen wie sie heute sind | <input type="checkbox"/> | 2 |
| - senken..... | <input type="checkbox"/> | 3 |
| - ganz aufheben..... | <input type="checkbox"/> | 4 |
| - weiss nicht/keine Antwort..... | <input type="checkbox"/> | 9 |

62

9. Verhältnis zur Schweiz

9.1 Sind Sie persönlich zufrieden oder unzufrieden mit der Art und Weise wie die Schweiz regiert wird?

INT: Liste 9.1 vorlegen!

- | | | |
|----------------------------------|--------------------------|---|
| - sehr zufrieden..... | <input type="checkbox"/> | 1 |
| - eher zufrieden..... | <input type="checkbox"/> | 2 |
| - es geht so/unentschieden | <input type="checkbox"/> | 3 |
| - eher unzufrieden..... | <input type="checkbox"/> | 4 |
| - sehr unzufrieden..... | <input type="checkbox"/> | 5 |
| - weiss nicht/keine Antwort..... | <input type="checkbox"/> | 9 |

63

9.2 Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?

- sehr sicher 1
- eher sicher 2
- eher unsicher 3
- ganz unsicher 4
- weiss nicht/keine Antwort 9

64

9.3 Wir haben hier einige Meinungen zur Politik und zum öffentlichen Leben gesammelt, die man ab und zu hört. Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

INT: Zeigekarten 9A, 9B, 9C, 9D, 9E und 9F nacheinander vorlegen!

	sehr	eher	eher nicht	gar nicht	w.z./	
	1	2	3	4	k.A.	9
	einverstanden					
A "Der Staat sollte die Sicherheit seiner Bürger garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht."	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	67
B "Ich bin zwar Schweizer(in), aber es würde mir nichts ausmachen, wenn ich Bürger(in) eines anderen Landes wäre."	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	70
C "In der Schweiz sind wir bald soweit, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des Einzelnen verloren geht."	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	65
D "Der Staat sollte in allen Belangen für das Wohlergehen seiner Bürger verantwortlich sein."	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	66
E "Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt."	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	69
F "Wir kommen nicht mehr darum herum, dass der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss."	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	68

10. Persönliche Wertmassstäbe

10.1 Hier auf diesem Blatt steht einiges, was man wichtig und erstrebenswert finden kann. Können Sie mir bitte zu jedem Anliegen angeben, ob Sie das für sehr wichtig, wichtig, nicht so wichtig oder gar nicht wichtig halten. Wo Sie sich nicht entscheiden können, lassen Sie einfach die Kästchen leer.

INT: Beiblatt 2 vorlegen und ausfüllen lassen.

	sehr wichtig	4	wichtig	3	nicht so wichtig	2	gar nicht wichtig	1	Karte 4
A Dass der Friede erhalten bleibt	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	2
B Dass wirksam gegen die Umweltverschmutzung vorgegangen wird	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	3
C Dass unsere Arbeitsplätze sicher sind	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	4
D Dass wir in einer stabilen Gesellschaft leben, in der nicht immer alles geändert wird	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	5
E Dass Fortschritt möglich ist und Probleme kreativ gelöst werden	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	6
F Dass man sicher sein kann, dass man auch im Alter und bei Krankheit gut versorgt ist	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	7
G Dass gegen die Kriminalität Massnahmen ergriffen werden	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	8
H Dass man seine Meinung überall frei und offen sagen kann	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	9
I Dass man genügend Freunde und Bekannte hat, mit denen man sich gut versteht	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	10
K Dass alle gleiche Chancen haben, egal ob Frau oder Mann, Christ oder Nicht-Christ	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	11
L Dass unsere Nahrungsmittel frei von gesundheitsschädlichen Zusätzen sind	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	12
M Dass die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht zu gross sind	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	13
N Dass neue Ideen eine Chance haben	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	14
O Dass mehr für Recht und Ordnung gesorgt wird	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	15
P Dass einen die tägliche Arbeit befriedigt	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	16
Q Dass man im Leben vorwärts kommt, es zu etwas bringt	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	17
R Dass mehr Menschen als bisher bereit sind, in ihrem Aufgabenbereich Verantwortung zu übernehmen	<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	1	18

10.2 Im folgenden finden Sie einige gegensätzliche Äusserungen zu verschiedenen Fragen. Wir möchten von Ihnen wissen, welcher von beiden Meinungen Sie jeweils eher zustimmen. "1" bedeutet, dass Sie der Meinung links völlig zustimmen, "7" bedeutet, dass Sie der Meinung rechts völlig zustimmen.

INT: Liste 10.2 vorlegen!

	k.M.									
Wichtige Rohstoffe werden in abschbarer Zeit knapp werden und gewisse Einschränkungen unseres Lebensstandards bedingen.	1	2	3	4	5	6	7	9	Wirtschaft und technischer Fortschritt werden das Problem begrenzter Rohstoffe so lösen können, dass keine Einschränkungen zu befürchten sind.	19
Die Risiken der Kernenergie sind tragbar.	1	2	3	4	5	6	7	9	Die Risiken der Kernenergie sind <i>nicht</i> tragbar.	20
Grundsätzliche Änderungen in unserer Gesellschaft sind wichtiger für die Lösung der Umweltprobleme als neue Techniken und Erfindungen.	1	2	3	4	5	6	7	9	Umweltprobleme können im wesentlichen durch neue Techniken und Erfindungen gelöst werden.	21
Die moderne Industriegesellschaft missbraucht die Natur in gefährlicher Weise.	1	2	3	4	5	6	7	9	Die heutigen Umweltbelastungen sind ein kalkulierbarer und vertretbarer Preis unserer Industriegesellschaft.	22
Es gibt eigentlich nichts, was die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern verteidigungswert macht.	1	2	3	4	5	6	7	9	Es gibt vieles, was die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern verteidigungswert macht.	23

10.3 Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Auf dieser Liste finden Sie einige Ziele, die man in der Politik verfolgen kann. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene Ihnen am wichtigsten? Nennen Sie mir bitte den entsprechenden Buchstaben. Und welches Ziel erschiene Ihnen am zweitwichtigsten? Nennen Sie mir bitte wieder den Buchstaben. Und welches käme an dritter Stelle?

INT: Liste 10.3 vorlegen! Jeweils nur *eine* Nennung möglich!

	am wichtigsten	am zweitwichtigsten	am drittwichtigsten	
A Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	24
B Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	25
C Kampf gegen die steigenden Preise	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	26
D Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	27

11. Interesse an Politik, politische Partizipation

11.1 Ganz allgemein gesprochen, wie stark interessieren Sie sich für Politik?

INT: Liste 11.1 vorlegen!

- sehr stark 1
- recht stark 2
- ein bisschen 3
- überhaupt nicht 4
- weiss nicht/keine Antwort..... 9

11.2 Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung beantwortet. Unter Gesamtverteidigung verstehe ich alle militärischen und zivilen Massnahmen zum Schutz und zur Sicherheit des Landes. Einmal abgesehen davon, ob Sie für oder gegen die Gesamtverteidigung eingestellt sind: Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit und der Gesamtverteidigung: sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?

- sehr stark 1
- recht stark 2
- ein bisschen 3
- überhaupt nicht 4
- weiss nicht/keine Antwort..... 9

11.3 Nehmen wir an im Laufe eines Jahres würden etwa 10 Abstimmungen stattfinden. An wievielen von diesen 10 Abstimmungen nehmen Sie normalerweise teil? Wie oft gehen Sie an die Urne?

INT: Liste 11.3 vorlegen!

Teilnahme an ...	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Abstimmungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Soziodemographische Angaben

12.1 Geschlecht

- weiblich..... 1
- männlich..... 2

Karte 9

2

12.2 Alter

INT: Alter des Befragten in Jahren eintragen

Jahre

3-4

12.3 Zuletzt besuchte Schule:

- Primarschule..... 1
- Sekundar-/Real-/Bezirksschule..... 2
- Berufsschule/Gewerbeschule..... 3
- Mittelschule/Gymnasium/Technikum/Seminar..... 4
- Hochschule/Uni/Poly/ETH..... 5

5

12.4 Sprachregion

- Deutschschweiz..... 1
- Westschweiz..... 2

6

12.5 Auf dieser Karte stehen die im National- und Ständerat vertretenen Parteien. Welche von diesen Parteien entspricht in den Zielen und Forderungen am ehesten Ihren eigenen Ansichten und Wünschen?

INT: Liste 12.5 vorlegen! Nur eine Angabe!

- | | | |
|---------------------------------------|--------------------------|----|
| - CVP | <input type="checkbox"/> | 1 |
| - EVP | <input type="checkbox"/> | 2 |
| - FDP | <input type="checkbox"/> | 3 |
| - SP | <input type="checkbox"/> | 4 |
| - SVP | <input type="checkbox"/> | 5 |
| - LdU | <input type="checkbox"/> | 6 |
| - LPS | <input type="checkbox"/> | 7 |
| - NA/Freie Demokraten/Vigilants | <input type="checkbox"/> | 8 |
| - POCH/PdA/PSA | <input type="checkbox"/> | 9 |
| - GPS (Grüne Partei) | <input type="checkbox"/> | 10 |
| - Grünes Bündnis | <input type="checkbox"/> | 11 |
| - Autopartei | <input type="checkbox"/> | 12 |
| - SAP | <input type="checkbox"/> | 13 |
| - anderes, was? | <input type="checkbox"/> | 14 |
| - keine Partei | <input type="checkbox"/> | 15 |
| - keine Antwort | <input type="checkbox"/> | 99 |

7-8

12.6 Darf ich Sie fragen, wie häufig Sie in die Kirche (Synagoge) gehen?

- | | | |
|-----------------------------------|--------------------------|---|
| - mindesten 1 mal pro Woche | <input type="checkbox"/> | 1 |
| - fast jede Woche | <input type="checkbox"/> | 2 |
| - 1-2 mal pro Monat | <input type="checkbox"/> | 3 |
| - 1-4 mal pro Jahr | <input type="checkbox"/> | 4 |
| - nie | <input type="checkbox"/> | 5 |
| - keine Antwort/weiss nicht | <input type="checkbox"/> | 9 |

9

12.7 Sind Sie im Militärdienst eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

- | | | |
|--|--------------------------|---|
| - ja, Befragte(r) ist eingeteilt | <input type="checkbox"/> | 1 |
| - ja, Befragte(r) ist eingeteilt gewesen | <input type="checkbox"/> | 2 |
| - nein, Befragte(r) ist nicht eingeteilt | <input type="checkbox"/> | 3 |
| - keine Antwort | <input type="checkbox"/> | 9 |

10

INT: Falls nein bei Frage 12.7 weiter mit Frage 12.9. Falls ja bei Frage 12.7, Frage 12.8 stellen.

12.8 Welches ist Ihr gegenwärtiger Rang, beziehungsweise welches ist Ihr letzter Rang gewesen?

- Soldat/Gefreiter/HD/FHD bzw. MFD/RKD 1
- Unteroffizier 2
- Offizier 3
- keine Antwort 9

11

12.9 Erwerbsgrad: Befragte(r) ist (bezahlt)...

- voll erwerbstätig (21 und mehr Stunden) 1
- teilweise erwerbstätig (6-20 Stunden) 2
- nicht erwerbstätig (5 Std. und weniger) 3
- keine Antwort 9

12

Herzlichen Dank für dieses interessante Interview!

Bisher sind folgende Hefte erschienen:

- Nr. 1 Kurt R. Spillmann:
Konfliktforschung und Friedenssicherung (1987)
- Nr. 2 Kurt R. Spillmann:
Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy (1987)
- Nr. 3 Kurt R. Spillmann:
Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (1987)
- Nr. 4 Beat Näf / Kurt R. Spillmann:
Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 - Bericht und Auswertung (1987)
- Nr. 5 Beat Näf / Kurt R. Spillmann:
Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 - Bericht und Auswertung (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond:
La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire (1988)
- Nr. 7 Christian Kind:
Extended Deterrence - Amerikas Nukleargarantie für Europa (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi:
Der Weg zum Weiterleben - Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann:
Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener:
John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle (1989)
- Nr. 11 Dominique Wisler:
Vers une nouvelle politique de sécurité (1989)
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann:
Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann:
Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989 (1989)
- Nr. 14 Fred Tanner:
Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates (1990)
- Nr. 15 Jacques Hürlimann / Kurt R. Spillmann:
Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dez. 1990 (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer:
Die Strategie der "Flexible Response" und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor:
Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz (1991)

Alle diese Ausgaben können zu einem Preis von SFR. 5.-- je Exemplar über nachfolgende Adresse bezogen werden: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich, ETH-Zentrum, CH-8092 Zürich, Tel. 01 / 256 40 25, Fax: 01 / 363 91 96.